

2. Sitzung

am Donnerstag, dem 15. August 2019

Inhalt

Wahl des Senats	
a) Wahl des Präsidenten des Senats	
b) Wahl der übrigen Mitglieder des Senats	
Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Mitgliederzahl des Senats	
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 9. August 2019 (Drucksache 20/18)	
Abgeordnete Aulepp (SPD)	17
Abgeordneter Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)	20
Abgeordneter Janßen (DIE LINKE).....	23
Abgeordneter Röwekamp (CDU)	26
Abgeordnete Steiner (FDP)	30
Abgeordneter Jürgewitz (AfD)	33
Abgeordneter Rupp (DIE LINKE).....	34
Abgeordneter Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)	36
Abgeordnete Aulepp (SPD)	37
Abgeordnete Röwekamp (CDU).....	38
Abstimmung	40
Wahl des Präsidenten des Senats	40
Vereidigung des Senats.....	43
Wahl von Herrn Staatsrat Dr. Olaf Joachim zum weiteren Mitglied des Senats nach Artikel 107 Landesverfassung	
Mitteilung des Senats vom 9. August 2019 (Drucksache 20/17)	44
Arbeitsweise der Bürgerschaft	
Bericht und Antrag des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft vom 15. August 2019 (Drucksache 20/29)	46
Anhang zum Plenarprotokoll	
Konsensliste	47

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Bensch, Frau Bergmann.

Präsident Imhoff**Vizepräsidentin Dogan**
Vizepräsidentin Grotheer**Schriftführerin Ahrens**
Schriftführerin Reimers-Bruns
Schriftführerin Schnittker
Schriftführer Zager

Senator für Inneres **Mäurer** (SPD)

Senatorin für Kinder und Bildung **Dr. Bogedan** (SPD)

Senatorin für Soziales, Jugend und Frauen, Integration und Sport **Stahmann**
(Bündnis 90/Die Grünen)

Staatsrat **Dr. Joachim** (Senatskanzlei)

Staatsrat **Ehmke** (Senator für Inneres)

Staatsrätin **Emigholz** (Senator für Kultur)

Staatsrat **Lühr** (Senator für Finanzen)

Staatsrat **Strehl** (Senator für Finanzen)

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit **Dr. Sommer**

Präsident Imhoff eröffnet die Sitzung um 11:00 Uhr.

Präsident Imhoff: Die zweite Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Medien.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung entnehmen können. Dieser Tagesordnung können Sie auch die Eingänge gemäß § 37 der Geschäftsordnung entnehmen, bei denen interfraktionell vereinbart wurde, diese nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich insoweit um die Tagesordnungspunkte: Einsetzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses, Drucksache [20/25](#), Einsetzung des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses, Drucksache [20/26](#), Einsetzung des staatlichen Controllingausschusses, Drucksache [20/27](#), und Arbeitsweise der Bürgerschaft, Drucksache [20/29](#).

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, Sie haben für diese Sitzung die Konsensliste übermittelt bekommen. Es handelt sich um die Zusammenfassung der Vorlagen, die ohne Debatte und einstimmig behandelt werden sollen. Auf dieser Liste sind die Tagesordnungspunkte 5 bis 8, 16 bis 19 sowie 21 bis 24. Um diese Punkte im vereinfachten Verfahren zu behandeln, bedarf es eines einstimmigen Beschlusses der Bürgerschaft (Landtag).

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob eine Behandlung im vereinfachten Verfahren erfolgen soll, und bitte um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit dem vereinfachten Verfahren einverstanden.

(Einstimmig)

Gemäß § 22 der Geschäftsordnung rufe ich nun entsprechend die Konsensliste zur Abstimmung auf.

Wer der Konsensliste seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste zu.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Wahl des Senats

a) Wahl des Präsidenten des Senats

b) Wahl der übrigen Mitglieder des Senats

Wir verbinden hiermit:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Mitgliederzahl des Senats

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

vom 9. August 2019

(Drucksache [20/18](#))

Wir kommen zur ersten Lesung der Gesetzesvorlage.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Aulepp.

Abgeordnete Aulepp (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In den vergangenen 19 Legislaturperioden hatte jeweils immer der SPD-Fraktionsvorsitzende die Ehre, die Einbringungsrede für den zukünftigen Senat zu halten. Für diese Legislaturperiode hat mich der Fraktionsvorsitzende gebeten, dies für ihn zu tun, und dieser Bitte bin ich sehr gern nachgekommen.

Wir als SPD wollen gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen und der Partei DIE LINKE eine stabile parlamentarische Mehrheit zum Tragen bringen, um

gemeinsam geteilte inhaltliche Überzeugungen in konkrete politische Gestaltung umzusetzen. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist nach einem solchen Wahlergebnis allerdings auch klar, diese Koalition muss ein Aufbruch für unser Bundesland Bremen sein, aber auch für die SPD. Wir wollen in einer Koalition mit Bündnis 90/Die Grünen und der Partei DIE LINKE verlorenes Vertrauen zurückgewinnen.

Wir schlagen mit der rot-grün-roten Koalition ein neues Kapitel in der Geschichte unseres Bundeslandes mit einem progressiven Mitte-Links-Bündnis auf. Wir haben mit dieser Koalition, mit dem Senat, den wir heute hier wählen werden, die parlamentarische Mehrheit hinter uns, und wir werden uns dafür einsetzen, auch die gesellschaftliche Mehrheit hinter uns zu bringen. Das ist Aufgabe der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, das ist Aufgabe des gesamten Dreierbündnisses, die Menschen von diesem Dreierbündnis zu überzeugen. Ich bin überzeugt, dass sowohl der Koalitionsvertrag, den wir am Dienstag unterschrieben haben, als auch der Senat, den wir heute hier wählen werden, dafür eine gute Basis sind.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wir wissen, dass wir unseren beiden Städten und vor allem auch den Menschen, die hier leben, auf dem Konsolidierungspfad viel abverlangt haben. Wir wissen auch, dass wir Fehler gemacht haben. Wir werden neue Schwerpunkte setzen, wir werden manches deutlich verstärken, manches anders akzentuieren, und wir wissen auch, dass wir besser vermitteln müssen, was wir tun, warum wir es tun, und vor allem auch, wie wir Bremerhaven und Bremen in den kommenden vier Jahren für die Menschen, die in unseren beiden Städten leben, verbessern wollen. Es geht um soziale Gerechtigkeit, es geht um klimapolitische Weichenstellung, es geht um nichts weniger als die Zukunft unseres Bundeslandes, und dabei werden wir sehr konkret sein.

Ich will ohne Anspruch auf Vollständigkeit auf drei Themen eingehen: Ganz am Anfang steht Bildung, die allen gerecht werden muss. Vor uns liegt ein gewaltiger Schulneubau, ein gewaltiger Kita-Ausbau, und es geht nicht nur um das Bauen, sondern es geht auch darum, Personal zu finden, eine Herkulesaufgabe, die wir mit allen anderen Kommunen und Bundesländern, mit Schulen und Kitas in ganz Deutschland gemeinsam haben. Natürlich geht es auch um Qualität in der Bildung. Wir haben

uns im Bildungskonsens, den wir gemeinsam verabredet haben – leider ohne die FDP –, darauf verständigt, dass dafür auch erheblich mehr Mittel eingesetzt werden müssen. Es ist unsere tiefste sozialdemokratische Grundüberzeugung, dass wir dabei Ungleiches nicht gleich behandeln dürfen, sondern da besonders viel tun müssen, wo die Herausforderungen in Kitas und Schulen besonders groß sind. Das ist in unserer Bildungspolitik höchste Priorität.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich habe gerade gesagt, es geht um die Zukunft unserer Städte, und dazu gehören natürlich auch eine ambitionierte Klimapolitik, eine sozial gerechte Energiewende und eine Verkehrspolitik, die Teilhabe mit Klimaschutz verbindet. Ja, wir wollen so schnell wie möglich heraus aus der Verbrennung fossiler Grundstoffe. Ja, wir wollen die umweltfreundlichen Verkehrsmittel, den ÖPNV, den Fuß- und Radverkehr stärken, denn die Bewältigung des Klimawandels ist auch eine zutiefst soziale Frage. Seine Folgen treffen diejenigen am härtesten, die sich am wenigsten leisten können. Eine radikale Wende, die in der Energieerzeugung und in der Verkehrsnutzung notwendig ist, muss sozial verträglich gestaltet werden, auch damit sie breite Akzeptanz findet, und das haben wir uns auf die Fahnen geschrieben.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Dabei werden wir hier in Bremen und Bremerhaven lokal handeln, aber global denken, zum Beispiel bei den Stahlwerken, die natürlich der größte Emittent von CO₂ sind, aber es macht keinen Sinn, sauberen Stahl durch Importstahl zu verdrängen, der ja nicht nur klimatechnisch schmutzig ist, sondern auch, was die Arbeitsbedingungen angeht. Deswegen werden wir die Stahlwerke zur Erreichung der Klimaziele und auch, um gute Arbeitsplätze zu erhalten, unterstützen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Eines ist für uns, für diese Koalition auch klar: Die Zukunft des Bundeslandes braucht eine prosperierende Wirtschaft. Wir wollen, dass die Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven gute Arbeitsplätze schafft. Dafür braucht sie die Unterstützung dieses Senats, und diese Unterstützung wird sie auch bekommen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ein besonderer Schwerpunkt der neuen Regierung wird die Stärkung der sozialen Gerechtigkeit, der Stadtteilgerechtigkeit sein. Wir wollen ein Signal an alle Menschen senden, die hier in Bremen und Bremerhaven leben, und zwar auch unabhängig davon, wie lange sie schon hier leben. Sie alle gehören dazu, sie alle machen unser Bundesland aus, und für sie alle machen wir Politik. Das soll spürbar werden, denn das ist die große Klammer dieser Koalition. Wir sind das Gegenmodell zu Ausgrenzung, Hass und Hetze, deren Vertretern, die jetzt auch in Fraktionsstärke hier in diesem Parlament sitzen, wir klar entgegnet werden.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Auch bei den Aufholprozessen werden wir uns auf die Stadtteile mit multiplen Problemlagen konzentrieren, auch da werden wir Ungleiches ungleich behandeln und die Quartiere besonders in den Blick nehmen, die vor besonderen Herausforderungen stehen. Dabei haben wir uns bewusst für einen ressortübergreifenden Ansatz entschieden, denn die Menschen leben ja nicht in Ressortgrenzen, sondern in Lebenswirklichkeiten. Kita, Schule, Gesundheit, Arbeit, Wirtschaft, Wohnen, Begegnungen, soziale Kontakte und nicht zuletzt auch Kultur sind Teile einer zusammengehörigen Lebensrealität, und genau für diese Politik des sozialen Zusammenhalts steht das Senatsteam, das wir hier aufgestellt haben und das wir heute zur Wahl stellen.

Als Bürgermeister und Präsidenten des Senats schlagen wir Andreas Bovenschulte vor, einen Mann, der – da bin ich mir ganz sicher – nicht nur Verwaltung kann, sondern auch gut mit den Menschen. Andreas Bovenschulte ist weit über sozialdemokratische Kreise hinaus kein Unbekannter, er ist der Bremischen Landespolitik auf vielfältige Weise verbunden, er hat sich von vielen in der SPD davon überzeugen lassen, wieder mehr Verantwortung in Bremen zu übernehmen und hat sehr zum Kummer unserer Nachbargemeinde Weyhe, der übrigens ein parteiübergreifender Kummer war, erfolgreich für die Bürgerschaft kandidiert. Ihm ist klar, die Herausforderungen sind groß und das Geld ist klein, aber Andreas Bovenschulte ist einer, der Menschen und Ideen zusammenbringt, der empathisch ist, nah bei den Menschen, vor Ideen und Problemlösungsansätzen mitunter sprüht, manchmal auch Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im ersten Schritt fast zu schnell ist, dem aber dennoch immer vollkommen klar ist, dass eine Koalition keine Wettbewerbsveranstaltung ist, sondern ein Miteinander, in dem alle drei Partner vorankommen müssen. Ich bin mir persönlich und auch

die SPD ist sich sicher, dass Andreas Bovenschulte das Zeug hat, einen aus drei Parteien zusammengesetzten Senat zum Erfolg zu führen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Von einem Neuling im Senat lassen Sie mich zu unserem ältesten und vor allem dienstältesten Senator übergehen! Als Innensenator schlagen wir – und die Überraschung ist vermutlich mäßig groß – ein weiteres Mal Ulrich Mäurer vor.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Zum vierten Mal steht er vor der Wahl in den Senat. Man könnte fast meinen, dass er zum Inventar am Kabinetttisch gehört, aber natürlich ist es weit mehr als das. Ulrich Mäurer teilt mit uns die Überzeugung, dass eine Grundvoraussetzung für sozialen Zusammenhalt ist, dass alle Menschen in Sicherheit leben können. Innere Sicherheit ist ein Recht für alle Menschen, und deswegen haben alle Menschen in Bremen und Bremerhaven den Anspruch, dass wir alle Anstrengungen unternehmen, sie zu gewährleisten. Er hat mehr als einmal bewiesen, dass er beherzt anpacken kann, gerade auch, wenn die Probleme wachsen, und er ist auch nach zwölf Jahren kein Routinier, sondern Ideen- und Impulsgeber. Bestes und aktuelles Beispiel ist der neue junge, aber schon sehr erfolgreiche Ordnungsdienst. Er kümmert sich außerdem auch immer und gern beherzt um die Anliegen Einzelner. Kurzum, er ist für uns der richtige Mann an der richtigen Stelle, auch für den zukünftigen Senat.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, im Bildungsbereich – ich habe es eingangs gesagt – stehen wir nach wie vor vor großen Herausforderungen. Vor vier Jahren haben wir mit Claudia Bogedan ein neues Gesicht präsentiert, um uns dabei zu helfen, diese Herausforderungen zu meistern. Sie hat in den vergangenen vier Jahren bewiesen, dass sie das kann, und das in einer Zeit, in der wir auch noch zusätzlich viele – Tausende! – Kita- und Schulplätze realisieren mussten, das größte Kita-Ausbauprogramm in der Geschichte dieses Bundeslandes. Claudia Bogedan genießt fachlich einen hervorragenden Ruf, sie wird von Schulleitungen, von Kolleginnen und Kollegen in Kita und Schule als eine geschätzt, die sich wirklich kümmert. Sie hat die richtigen Schritte auch für den qualitativen Ausbau unserer Bildungseinrichtungen geleitet, und sie hat beim sogenannten Bildungskonsens auch sehr deutlich

gezeigt, dass sie Bildungspolitik jenseits aller Ideologien gemeinsam mit allen voranbringen kann. Deswegen schlagen wir Ihnen als unsere Senatorin für Kinder und Bildung Claudia Bogedan vor.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe gerade versucht, Andreas Bovenschulte als Neuling zu verkaufen, ganz so ist es ja nicht. Ein neues Gesicht für den Senat, ja, aber die meisten kennen ihn schon seit vielen Jahren. Mit Claudia Schilling komme ich jetzt zu einem Vorschlag, der tatsächlich für viele ein neues Gesicht sein dürfte. Claudia Schilling war Rechtsanwältin, als Richterin an verschiedenen Amtsgerichten und am Landgericht Bremen tätig und zuletzt in unserer Seestadt als Stadträtin für Jugend, Familie und Frauen sowie Arbeit, Soziales, Senioren und Migration. Claudia Schilling ist eine sehr kompetente und eine sehr selbstbewusste Frau. Sie hat sich bereit erklärt, in diesem Senat Verantwortung zu übernehmen, auch als noch nicht völlig klar war, welchen Zuschnitt ihr Ressort haben würde. Sie glauben gar nicht, wie sehr mich das freut, mich insbesondere auch als Feministin. Männer trauen sich ja immer gern alles zu, Claudia Schilling traue ich ihr Amt voll und ganz zu.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Sie hat aber auch frühzeitig darauf hingewiesen, dass die Themen Wissenschaft und Häfen insbesondere auch im Hinblick auf die besondere Interessenlage Bremerhavens besonders wichtig sind. Das Land Bremen ist der viertgrößte Hafenstandort in Europa. Hafenpolitik ist Wirtschaftspolitik. Hafenpolitik schafft gute Arbeit, und innovative Investitionen stellen die Zukunftsfähigkeit unserer Häfen sicher.

Innovativ wollen wir auch in der Wissenschaftspolitik sein, wir wollen unsere Hochschullandschaft weiterentwickeln, da haben wir uns in der Koalition viel vorgenommen, und natürlich wird auch die Wissenschaftspolitik sowohl für den sozialen Zusammenhalt als auch für die Wirtschaftspolitik eine große Rolle spielen.

Dass mir Justiz besonders am Herzen liegt, brauche ich hier nicht besonders zu betonen, deswegen nur so viel: Bei einer Richterinnenkollegin weiß ich den Justizbereich in guten Händen. Als Senatorin für Justiz, für Häfen und für Wissenschaft schlagen wir Ihnen Frau Claudia Schilling vor.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Natürlich werden wir als Fraktion der SPD auch geschlossen die Vorschläge für den Senat unterstützen, die von Bündnis 90/Die Grünen und von der Partei DIE LINKE kommen, und das nicht nur aus Fraktionsdisziplin. Liebe Maike Schaefer, liebe Anja Stahmann, lieber Dietmar Strehl, liebe Kristina Vogt und liebe Claudia Bernhard, wir von der Fraktion der SPD freuen uns auf eine konstruktive und faire Zusammenarbeit in den kommenden vier Jahren, und Sie dürfen sicher sein, dass wir Sie nach Kräften dabei unterstützen, gute und erfolgreiche Arbeit für Bremerhaven und Bremen zu leisten.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, wir wollen mit dem rot-grün-roten Bündnis eine gesellschaftliche Mehrheit Mitte-links in Bremen zum Tragen bringen. Wir wollen gemeinsam und konstruktiv viel für Bremerhaven und Bremen erreichen. Wir wollen, dass ein solches progressives Bündnis mehr ist als die Summe seiner Partner. Diese Koalition kann nur funktionieren, wenn es eine gemeinsame Verantwortung aller Partner, aller Senatorinnen und Senatoren und aller Fraktionen gibt, konstruktiv unsere gemeinsame Politik umzusetzen. Wir als SPD freuen uns darauf, wir haben unsere Personalvorschläge unterbreitet. Ich bitte um Ihre Unterstützung! – Ganz herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Fecker.

Abgeordneter Fecker (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der heutigen Wahl des Senats schließen wir die Bildung einer neuen Regierungskoalition ab, die in dieser Zusammensetzung erstmalig im Land Bremen und erstmalig in einem westdeutschen Landesparlament zustande kommt. Sozialdemokraten, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE haben sich nicht nur gemeinsam auf eine Regierungsmannschaft verständigt, sondern – was noch viel wichtiger ist – wir haben gemeinsam die Antworten auf die wichtigsten Herausforderungen unseres Bundeslandes formuliert. Unsere Aufgabe, die des Senats, aber auch die der Koalitionsfraktionen, wird nun sein, diese Antworten nicht nur auf dem Papier zu geben, sondern auch in konkretes Handeln umzusetzen. Die Menschen in Bremen und Bremerhaven erwarten von uns zu Recht

nicht nur kluge Vorschläge, sondern auch beherztes Handeln. Wir wollen uns nun einmal nicht gegenseitig blockieren, sondern gemeinsam unser Bundesland und seine beide Städte gestalten.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Unsere oberste Priorität gilt dabei dem Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, denn ohne eine intakte Umwelt, ohne saubere natürliche Ressourcen wie Wasser und Luft, ohne erträgliche klimatische Bedingungen hilft uns auch das beste Wirtschaftswachstum nicht weiter. Natürlich kann man den Klimawandel leugnen, man kann aber auch behaupten, die Erde sei eine Scheibe. Wir aber wissen, dass es besser ist, sich mit den Fakten und Studien auseinanderzusetzen und diese Erkenntnisse zur Grundlage unserer Politik zu machen.

Das Klimaschutzabkommen von Paris und dessen Ziel, die Erderwärmung deutlich unter zwei Grad Celsius zu begrenzen, ist nun einmal kein bloßes Versprechen, es ist die schiere Notwendigkeit und es ist die Maßgabe unseres gemeinsamen Handelns. Wenn wir uns die Studien anschauen, die jüngst veröffentlicht wurden, dann wissen wir, dass das alleine schon nicht mehr ausreichen wird. Das ist eine Herausforderung, eine Anstrengung und auch eine teure Angelegenheit. Sie ist aber auch gerade als Land am Fluss ohne Alternative.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Konkret wollen wir den Kohleausstieg bis 2023 erreichen, wir wollen unsere eigenen Gebäude energetisch sanieren und darüber hinaus alle staatlichen Maßnahmen auf ihre Klimaauswirkungen hin bewerten: Ausbau Photovoltaik, Gründächer, Hilfe und Unterstützung für die örtliche Wirtschaft bei der Bewältigung dieser strukturellen Aufgaben, Stärkung des ÖPNV, autofreie Innenstadt, dringend notwendige Fahrradbrücken, vegane Angebote in Mensen und Kantinen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind nicht nur blumige Worte, sondern konkrete Maßnahmen zeichnen unsere Arbeit in den kommenden vier Jahren aus. Verlassen Sie sich darauf, wir wollen schnellstmöglich klimaneutrale Städte haben.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Wir wollen auch, dass alle Bremerinnen und Bremer hier guten Wohnraum finden, und zwar unabhängig von ihrem Geldbeutel. Bis 2023 8 000 Sozialwohnungen in der Stadt Bremen, insgesamt

10 000 zusätzliche Wohnungseinheiten in dieser Legislaturperiode. Für die Bewältigung dieser großen Herausforderungen können wir von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen uns niemanden Besseres vorstellen als unsere bisherige Fraktionsvorsitzende Dr. Maike Schaefer. Wir schlagen sie daher als neue Senatorin vor. Wir wissen genau um ihr Fachwissen, ihre Kompetenz, aber auch um ihre Hartnäckigkeit und Leidenschaft.

In diesem Ressort geht es aber auch um Zuhören und Zusammenführen. Baustellen, Baugebiete, Bürgerinitiativen – diesen Dreiklang gilt es zu handeln und wir sind sicher, dass Dr. Maike Schaefer auch diese Aufgabe im Dialog mit den Menschen hervorragend meistern wird.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Wenn ich zu Beginn meiner Rede von den Antworten auf die wichtigsten Herausforderungen dieses Bundeslandes gesprochen habe, dann bin ich froh, dass es uns gelungen ist, die Antworten im Bildungsbereich schon vorher gemeinsam parteiübergreifend gegeben zu haben. Der Bildungskonsens ist für uns ein hohes Gut und auch da gilt es jetzt als Regierungskoalition und als Senat, dafür zu sorgen, das auch umzusetzen, was wir auf Papier gebracht haben. Das wird einer der Schwerpunkte dieser neuen Regierung sein und er ist dringend wichtig, denn wenn wir es mit der Bekämpfung der Kinderarmut ernst meinen, wenn es uns wichtig ist, die lokalen Maßnahmen, die wir in diesem Bereich treffen können, zu treffen, wenn Vielfalt, wenn Teilhabe, wenn Integration, Inklusion für uns keine leeren Worthülsen sein sollen, dann müssen wir in diesem Bereich erfolgreich sein, sonst nimmt uns das niemand ab.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Ich will kurz zwei Punkte nennen, an denen wir sehr dringend arbeiten müssen: 900 fehlende Kitaplätze sind 900 einzelne Schicksale. Ganztagschulen ohne Mensa sind ein Problem für alle vor Ort. Unsere Erwartungshaltung an den neuen Senat ist, heute nach der Wahl damit anzufangen und diese Probleme schnellstmöglich zu beheben. Dass wir hierfür wieder finanzielle Spielräume haben, dass es wieder die Möglichkeit gibt, abzuwägen und nicht nur das Minimalprogramm zu machen, ist das Ergebnis zwölfjähriger gemeinsamer Arbeit. Wir haben jetzt mehr Geld, mehr Möglichkeiten, wir müssen abwägen, aber wir können leider immer noch nicht zu jedem ja sagen. Wir werden auch weiterhin nein sagen müssen. Ich bin sicher, dass

das eine Herausforderung für uns sein wird, aber ich bin mir auch sicher, dass wir das gemeinsam meistern werden.

An der Spitze des Finanzressorts wird nun eine andere Person stehen. Mit Dietmar Strehl schlagen wir von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aber keinen Unbekannten und insbesondere keinen Un-erfahrenen vor. Zumindest die Mitglieder des Haushaltsausschusses kennen den bisherigen Staatsrat für Finanzen schon etwas länger, und wir haben hier einen ausgewiesenen Experten und gleichzeitig jemanden, der ruhig und sachlich als Ressortchef agieren wird, dessen Herzblut schon jetzt nicht nur an den bloßen Zahlen hängt, sondern der auch Verwaltungsmodernisierung, IT-Dienstleistungen, online basierte Dienstleistungen fest im Blick hat. Wir sind sicher, mit Dietmar Strehl schlagen wir einen Gewinn für den künftigen Senat vor.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Wenn ich über die Maßnahmen im Bildungsbereich in Bezug auf Kinderarmut, auf Teilhabe und Gesellschaft gesprochen habe, dann darf das keineswegs isoliert als Aufgabe des Bildungsressorts gesehen werden. Insbesondere bei der Arbeit in den Stadtteilen, in den einzelnen Quartieren ist es eine notwendige Ergänzung. Ich bin froh, dass wir gemeinsam als Koalition diese Stadtteilsicht haben und auch zukünftig in den Fokus nehmen wollen.

Natürlich müssen wir Projekte wie „Wohnen in Nachbarschaften“, wie die zahlreichen Integrationsprojekte weiter unterstützen, die Maßnahmen der Arbeitsmarktförderung vor Ort ausbauen. Und wir müssen uns klar sein, dass gesellschaftliche Teilhabe wichtiger denn je ist. Das ist der Kitt unserer Gesellschaft und es ist der Kitt, der uns alle zusammenhält. Wenn wir Menschen verlieren, wenn sich Menschen nicht mehr als Bestandteil unseres Gemeinwesens verstehen, dann schadet das dem Zusammenhalt und letztlich auch unserer Demokratie. Hier zu vernetzen und zu helfen wird die Aufgabe der neuen und alten Sozialsenatorin sein. Anja Stahmann hat diesen Blick für die Menschen und für ihre Schicksale und auch die Wichtigkeit ihres Senatsressorts ist ihr voll und ganz bewusst. Mit Jugend, Integration und Sport hat sie viele dieser wichtigen verbindenden Politikbereiche in ihrem Ressort. Ja, sie redet durchaus einmal Klartext zum Leidwesen einiger, aber Teilhabe ist für sie politische Grundüberzeugung. Es wird also niemanden verwundern, dass wir von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sie erneut zur Wahl in den Senat

vorschlagen und von dieser Wahl auch sehr überzeugt sind, liebe Anja.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Ich will ein Wort zu den anderen Senatsvorschlägen sagen. Wir haben gestern in unsere Fraktions-sitzung alle designierten Senatsmitglieder eingeladen und wir finden, dass es besser ist, sich persönlich kennenzulernen, persönlich vorzustellen, als am Ende des Tages nur einen Namen zu wählen. Ich glaube, was da in der Art und Weise der Zusammenarbeit schon sehr deutlich geworden ist, ist, dass die neuen Senatsmitglieder Lust haben, mit uns zu diskutieren, dass die neuen Senatsmitglieder Interesse haben, unser Gemeinwesen mitzugestalten. Insofern kann ich auch aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vermelden, dass wir gestern im Anschluss auch von den Personalvorschlägen von SPD und DIE LINKE sehr überzeugt waren und diese heute gemeinsam mittragen werden. Wir freuen uns auf eine spannende, auf eine faire und auf eine kritisch-konstruktive Zusammenarbeit mit allen Senatsmitgliedern.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Aber – das lassen Sie mich gleich sagen – wir sind kein Senatswahlverein, niemand von uns, und deswegen sage ich Ihnen auch eine kritische Auseinandersetzung mit der Arbeit der Regierung zu, weil für uns wichtig ist, die Kontrolle der Exekutive nicht allein den Oppositionsfraktionen zu überlassen, sondern wir sehen unsere Aufgabe als Fraktion auch weiter darin, Punkte zu benennen, die zu verbessern sind, gemeinsam über Lösungen zu diskutieren und den Senat dabei zu unterstützen und kritisch in der Zukunft zu begleiten.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Ich will das nutzen, um einmal noch meinen Dank an alle jetzt ausgeschiedenen Mitglieder des Senats zu richten. Wir haben das in der vergangenen Legislaturperiode zum Ende der Sitzung sehr ausführlich getan, aber all denen, die sich entschieden haben – freiwillig oder nicht –, nicht mehr dem Senat anzugehören, möchten wir unseren Dank für die geleistete Arbeit aussprechen. Insbesondere die Aufgabe, in einem Land wie Bremen Verantwortung zu übernehmen, in einem Land wie Bremen die Traute zu haben, Position zu beziehen und Aufgaben wahrzunehmen, ist keine einfache und deswegen gebührt all denen, die bereit sind, Ver-

antwortung zu übernehmen, unser Dank und insbesondere denjenigen, die aus dem Senat ausgeschieden sind. Herzlichen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Es gäbe noch viele Bereiche, auf die einzugehen sich lohnen würde: Den starken Wirtschaftsstandort Bremen und Bremerhaven, die innere Sicherheit, die humanitäre Flüchtlingspolitik, unsere Ideen im Bereich von Kultur und Wissenschaft. Ich will es aber erst einmal bei diesem Ausschnitt belassen. 140 Seiten starke Inhalte kann man auch nicht einfach in 15 Minuten Redezeit pressen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Deswegen will ich zum Abschluss lieber etwas zum Selbstverständnis von uns bei Bündnis 90/Die Grünen in dieser Regierung sagen: Wir sehen uns bewusst nicht als Bestandteil eines politischen Lagers und unser Platz in der Mitte des Parlamentes ist ebenso bewusst gewählt. Wir wollen als Bündnis 90/Die Grünen, aber – ich bin mir sicher – auch insgesamt als Koalition für alle Teile der Bevölkerung ansprechbar sein. Wir wollen Bündnisse eingehen. Wir wollen über den besten Weg mit den unterschiedlichen Kräften unserer Stadtgesellschaft ins Gespräch kommen, diskutieren und möglichst viele hinter ein gemeinsames Projekt versammeln. Wir wollen nicht mit erhobenem Zeigefinger regieren, wir wollen Argumente aufnehmen und abwägen. Zuhören fällt Politikerinnen und Politikern manchmal schwer. Ich glaube, wir haben in der Vergangenheit an der einen oder anderen Stelle auch zu wenig zugehört. Ich freue mich auf die Diskussion über unterschiedliche Projekte und Konzepte mit der Fraktion der CDU und mit der Fraktion der FDP. Der politische Wettbewerb ist ein hohes Gut, das wir gemeinsam auch in der Zukunft pflegen sollten.

Unsere beiden Städte, unser Bundesland zeichnet eine lange Tradition von Weltoffenheit aus. Als Hafenstädte und als Hansestadt ist diese Weltoffenheit auch ein Teil der DNA unseres Gemeinwesens. Wir tun gut daran, nicht der Versuchung zu erliegen, im Schmierentheater all derer mitzuspielen, die Hass, Ausgrenzung und Rassismus propagieren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Der verantwortliche Umgang aller Fraktionen, also ausdrücklich auch der Opposition, in der letzten Legislaturperiode mit dem Thema Zuwanderung

hat Bremen gut getan. Lassen Sie uns das bewahren. Lassen Sie uns gemeinsam überall da, wo Lügen als Fakten deklariert werden, wo Ausgrenzung und Rassismus propagiert werden, wo die Werte des Grundgesetzes wie Pressefreiheit und Religionsfreiheit mit den Füßen getreten werden, gemeinsam die Stimme erheben; denn das ist keine Alternative für Bremen und auch keine Alternative für Deutschland. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Janßen.

Abgeordneter Janßen (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Gäste! Heute wählen wir einen neuen Senat und stehen damit am Anfang eines neuen Kapitels für das Bundesland Bremen. Erstmals in Westdeutschland wird es ein rot-grün-rotes Bündnis und erstmals eine Regierungsbeteiligung der Linkspartei geben.

Die neue rot-grün-rote Koalition ist aber nicht eine Fortsetzung der alten Koalition mit ein bisschen Linkspartei dabei, keine Koalition des „Weiter so!“, sondern alle Koalitionspartner haben sich gemeinsam darauf verständigt, hier mit neuen Projekten, mit frischem Wind und einem gemeinsam erklärten Ziel an den Start zu gehen. Wir wollen gemeinsam Politik für die Menschen im Land Bremen machen und dabei soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz und eine weltoffene Gesellschaft in den Mittelpunkt unserer gemeinsamen Politik stellen. Ich glaube, mit diesen Stichworten können wir uns auch gut gemeinsam auf den Weg machen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Den Wählerinnen und Wählern war klar, nach der Wahl wird es eine neue Regierungskonstellation geben, und das hat aus unserer Sicht auch wesentlich dazu beigetragen, dass wir hier nicht darüber klagen müssen, wieder mit einer sinkenden Wahlbeteiligung zu kämpfen zu haben, sondern im Gegenteil sogar bei 14 Prozent Steigerung der Wahlbeteiligung gelandet sind. Bei aller Freude über diese gestiegene Wahlbeteiligung müssen wir aber auch anerkennen, dass wir nach wie vor in einer demokratisch gespaltenen Gesellschaft leben, in einer Gesellschaft, in der wohlhabende Stadtteile deutlich stärker wählen als solche, in denen Armut stärker verankert ist. Dieser Zustand ist alarmie-

rend, denn er könnte politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger dazu verleiten, ihre Politik in erster Linie auf die Stadtteile auszurichten, in denen mehr Menschen zur Wahl gehen. Ich bin glücklich darüber, und es war für uns alle in der Koalition auch ein Anspruch, dass wir dieser falschen Logik nicht entsprechen, sondern uns selbstbewusst dazu entscheiden, unsere Politik daran auszurichten, die Schere zwischen den Stadtteilen, die Schere zwischen Arm und Reich etwas zu schließen und klarzumachen, dass wir die Menschen zurückgewinnen wollen, die das Vertrauen in die Politik verloren haben, und das muss ein Zustand unserer gemeinsamen Arbeit werden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Um das zu erreichen, brauchen wir Veränderung und brauchen wir Projekte. Die Koalition hat sich vieles vorgenommen, das geht von der Trendwende in der Wohnungspolitik über die Frage Kohleausstieg/ambitionierter Klimaschutz hin zur Frage einer sozial-ökologischen Verkehrswende im Hinblick auf die Förderung von Radverkehr, aber auch des ÖPNV. Wir reden über die gezielte Förderung von Bildungseinrichtungen in benachteiligten Stadtteilen. Wir sprechen über Engagement gegen Kinderarmut sowohl auf Bundesebene als auch im Land Bremen. Wir reden über eine aktive Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. Wir reden darüber, dass wir eine offene Gesellschaft bewahren wollen, Menschen das Ankommen und das Bleiben in Bremen ermöglichen wollen. Diese Projekte sind nur ein Ausdruck der verschiedenen Vorstellungen, die wir zusammenbringen. Ich glaube aber, sie sind Ausdruck einer politisch wichtigen und einer politischen richtigen Haltung für die nächsten Jahre.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Es gab noch nie einen Koalitionsvertrag für Bremen und Bremerhaven, in dem so oft das Wort Klimawandel vorkam, aber es gab auch noch nie einen Koalitionsvertrag für das Land Bremen, in dem so häufig die Worte Miete oder Seenotrettung oder auch Obdachlose vorkamen. Ich glaube, das ist Ausdruck dessen, was wir hier zusammenführen können und was auch für die Zukunft Erfolg versprechend ist.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte Ihnen aber auch nichts vormachen, wir wissen, dass wir unter schwierigen Rahmenbedingungen in diese Koalition gehen. Wir haben nicht

Geld für alles, was wir uns vorstellen können, sondern wir müssen in den nächsten Jahren auch Prioritäten setzen.

Es ist kein Geheimnis, dass wir als LINKE die Schuldenbremse für ein Hindernis halten, um notwendige Investitionen für die Zukunft zu tätigen, und dass das für die Zukunft Folgen haben wird. Klar ist uns aber auch, dass wir die Schuldenbremse im Verfassungsrang haben und die neue Regierung diese Realität anerkennt und mit diesem Zustand umgeht. Wir werden diesen Unterschied auch nicht als ein Hindernis verstehen, das uns daran hindert, gute Politik zu machen, sondern wir werden uns darauf konzentrieren, klarzumachen, welche konkreten Schritte jetzt nötig sind. Dazu gehört unter anderem, dass wir nicht über die gesetzlichen Verpflichtungen hinaus die zur Verfügung stehenden Mittel in den Schuldenabbau stecken, sondern sie in die wichtigen Projekte investieren, und dass wir klarmachen, dass wir für den Bau von Kitas und Schulen auch öffentliche Unternehmen wie die GEWOBA oder BREBAU beauftragen müssen, um dieser Aufgabe Herr zu werden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

In dem vorliegenden Koalitionsvertrag fassen wir gezielt verschiedene Personengruppen ins Auge, von denen wir meinen, dass sie eine besondere Aufmerksamkeit verdienen. Ich werde Ihnen jetzt nicht den ganzen Koalitionsvertrag vortragen, das würde nicht funktionieren. Trotzdem möchte ich ein paar Schlaglichter auf verschiedene Gruppen werfen, die uns wichtig sind, und die auch Ausdruck unserer Politik in den nächsten Jahren sein werden.

Ich möchte ohne Anspruch auf Vollständigkeit einige Gruppen nennen: Im Land Bremen verzeichnen wir nach wie vor den letzten Platz bei der Erwerbstätigenquote von Alleinerziehenden. Das ist eine Ausgangslage, mit der wir umgehen müssen und die wir in unserer Politik adressieren müssen. Wir sagen, wir brauchen eine klare Gestaltung von Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen und von Betreuungszeiten, die Alleinerziehenden die Rückkehr in den Arbeitsmarkt ermöglichen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir müssen klarmachen, dass wir dem erheblichen Gender Pay Gap, den es nach wie vor gibt, dem Unterschied bei den Einkommen zwischen Männern und Frauen politisch entgegenwirken müssen, in-

dem wir auch in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik neue Schwerpunkte setzen werden. Dies ist auch ein Beitrag zur Reduzierung von Altersarmut, die im Land Bremen gerade bei Frauen ein erhebliches Problem ist. Wir prüfen Möglichkeiten zur Einführung eines Parité-Gesetzes und verbessern die finanzielle Ausstattung von Frauenprojekten. Ich glaube, wir können sagen, für Frauen ist dieser Koalitionsvertrag ein guter Koalitionsvertrag.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Im Rahmen unserer globalen Verantwortung schafft Bremen Landesaufnahmeprogramme für Geflüchtete und verbessert das Beratungs- und Begleitungsangebot für Menschen, die den Weg nach Bremen gefunden haben. Wir werden vorhandene Ermessensspielräume nutzen und stellen uns klar gegen weitere bundespolitische Verschärfungen des Asylgesetzes. Wir stellen uns entschlossen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und werden an der Seite von zivilgesellschaftlichen Akteuren auch dem Rechtsruck entschlossen entgegenstehen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Die Koalition wird sich auch verstärkt für die Rechte und Interessen von LGBTIQ, also Lesben, Schwulen, Bi-, Trans-, Intersexuellen und queeren Menschen einsetzen, deren Beratungsstrukturen wir verbessern möchten und für die wir Schutz vor Diskriminierung und Gewalt erreichen wollen. Wir werden Schutzwohnungen für junge queere Menschen schaffen und eine Koordination für den Bereich im Senat benennen. Für Geflüchtete, für Migrantinnen und Migranten, für queere Menschen ist dieser Koalitionsvertrag ein guter Koalitionsvertrag.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Auf dem Ausbildungsmarkt ist es unser Ziel, mithilfe verschiedener Instrumente, auch eines Ausbildungsfonds, vermehrt Ausbildungsplätze zu schaffen. Parallel werden wir über eine Ausbildungsmindestvergütung versuchen, die Bedingungen in der Ausbildung für Auszubildende zu verbessern und im weiteren Arbeitsleben gute Bedingungen dadurch abzusichern, dass wir den Landesmindestlohn kontinuierlich anpassen, sachgrundlose Befristungen im öffentlichen Dienst abschaffen und Leiharbeit und Minijobs zurückdrängen. Auch hier, für Auszubildende und Beschäftigte, auch im öffentlichen Dienst, ist dieser Koalitionsvertrag ein guter Koalitionsvertrag.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte noch eine Personengruppe nennen, die, glaube ich, in derartigen Debatten häufig nicht genannt wird, und das sind Obdachlose. Diese Koalition hat sich darauf verständigt, die Verdrängung von Obdachlosen im Bereich des Bahnhofs aufzuhalten, im Gegenzug Einfach-wohnen-Konzepte zu unterstützen, sich klarzumachen, dass betreute Wohnformen ausgebaut und unabhängige Beratungsstellen finanziert werden müssen. Ich glaube, eine Koalition kann sich dann eine soziale Koalition nennen, wenn sie es schafft, gerade für die Menschen da zu sein, die ansonsten gesellschaftlich eben nicht die Lobby haben, die immer auf dem Marktplatz steht, die vielleicht auch nicht die Stärke haben, über Wahlverhalten eine Wahl zu beeinflussen, und trotzdem müssen wir genau dann als Koalition den Rücken gerade machen und sagen: Ja, für diese Menschen sind wir da! Nur so kann eine soziale Regierung aussehen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

DIE LINKE wird in der Landesregierung zwei Senatsitze übernehmen. Sie wird zukünftig die Bereiche Wirtschaft, Arbeit und Europa sowie das Ressort für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz übernehmen. Ich freue mich, dass ich als Linker in Bremen der Erste bin, der diesem Parlament einen Personalvorschlag für Senatorinnen unterbreiten darf.

Wir schlagen als Wirtschaftssenatorin Kristina Vogt vor. Kristina Vogt war acht Jahre unsere Spitzenkandidatin und Fraktionsvorsitzende, sie ist, denke ich, allen hier als streitbare, aber vor allem auch als authentische, als geradlinige und als pragmatische Politikerin bekannt, die sich auch nicht von Gegenwind einschüchtern lässt, sondern unbeirrt ihren Weg im Sinne der Menschen geht, für die sie schon seit Jahren streitet. Ich bin mir sicher, dass du diese Aufgabe auch in neuer Verantwortung entsprechend weiterführen wirst.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Kristina Vogt wird übrigens die erste Wirtschaftssenatorin Bremens. Dieses Ressort ist bislang tatsächlich nur von Männern vertreten worden, und ich glaube, das passt auch ganz gut zu den Aspekten, die wir im Koalitionsvertrag im Bereich Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik verankert haben: Die Aufwertung von Wirtschaftsbereichen, in denen eben nicht nur überwiegend Männer arbeiten,

eine stärkere Berücksichtigung von Frauengründungen und von frauengeführten Unternehmen, die häufig eben kleine und mittelständische Unternehmen sind, und im Bereich Arbeitsmarktprojekte den Bezug auf Alleinerziehende und das Zurückdrängen von prekären Beschäftigungsverhältnissen auf die Agenda zu nehmen. Ich bin mir sicher, das Programm und die Kandidatin Kristina Vogt sind dafür geeignet, diesen Anforderungen gerecht zu werden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir schlagen als Gesundheits senatorin Claudia Bernhard vor. Claudia Bernhard hat auch acht Jahre in der Fraktion und im Parlament mitgewirkt. Sie war in der 18. Legislaturperiode Mitglied im parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Krankenhauskeime“, in der Gesundheitsdeputation und in der Besuchskommission Psychiatrie. Sie ist seit acht Jahren Vorsitzende des Gleichstellungsausschusses.

Die Zukunft des kommunalen Klinikverbundes weiter zu sichern, ist ein zentrales Anliegen des Koalitionsvertrags. Dafür stehen auch die Verdoppelung der Landeskrankenhausinvestitionen bis 2023 und die Zusicherung weiterer Unterstützung im Vertrag. Der Koalitionsvertrag lässt keinen Zweifel daran, die Koalition steht zu ihren kommunalen Krankenhäusern, deren Beschäftigten und den Patientinnen und Patienten.

Vereinbart ist auch eine Stärkung der Gesundheitszentren in den Stadtteilen mit dem Einstieg in Gesundheitszentren im Quartier. Zur Fachkräftegewinnung werden die Ausbildungskapazitäten an Pflegeschulen deutlich ausgebaut. Wir merken es schon, Claudia, du wirst wahrscheinlich kaum einen Satz so häufig gehört haben wie „Das ist aber eine schwierige Aufgabe!“, und ich glaube, das stimmt, aber wir und Du werden dieser Aufgabe gerecht werden. Diese Koalition hat sich einiges vorgenommen, auch im Gesundheitsbereich, und ich glaube, wir haben einen guten Personalvorschlag, um diesen Aufgaben gerecht zu werden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bin froh darüber, dass wir eine so breite Regierungsmann- und Regierungsfrauschaft zusammengestellt haben, in der viele Erfahrene, aber auch viele Neue zusammen vertreten sein werden. Auch wir haben uns natürlich mit den Vorschlägen der anderen beschäftigt. Wir haben sie noch nicht eingeladen, das steht noch aus, das werden wir noch

machen. Wir freuen uns auch aus voller Überzeugung, die Kandidatinnen und Kandidaten vom Bündnis 90/Die Grünen und der SPD zu unterstützen. Wir hoffen und sind sicher, dass wir eine kollegiale Zusammenarbeit im Senat und zwischen den Fraktionen hinbekommen können.

Diese Koalition ist kein irgendwie interessanter Testballon. Sie ist auch kein Spielfeld für bundespolitische Koalitionsüberlegungen. Wir bilden die neue Koalition, weil sie die richtige politische Koalition und Konstellation für Bremen und Bremerhaven ist und weil wir eine deutliche Mehrheit der Wählerinnen und Wähler hinter uns wissen. Die neue Koalition bringt sozialen Zusammenhalt, wirtschaftliche Entwicklungsfähigkeit, ökologische Zielsetzungen und das Bekenntnis zur Weltoffenheit und globaler Solidarität zusammen. Sie geht zu einem Zeitpunkt an den Start, zu dem wir nicht nur mehr gestalten können, sondern auch mehr gestalten müssen. Dafür wählen wir heute einen neuen Senat. Damit schlagen wir heute ein neues Kapitel auf. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abgeordneter Röwekamp (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das war spannend. Damit meine ich weder den bisherigen Verlauf der heutigen Debatte, noch dass wir das erste Mal nach langer Zeit wieder hier im Festsaal sind, sondern ich meine das, was uns zum heutigen Tag geführt hat, nämlich die Wahl der Bremischen Bürgerschaft.

Wer hätte gedacht, dass eine Wahl in Bremen so spannend sein kann. Dass es ein Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden großen Volksparteien SPD und CDU gibt, dass bis zum Ende überwiegend fair gekämpft wurde, dass engagiert Wahlkampf gemacht wurde. Viele Politologen und politische Kommentatoren in den Medien haben dieser Wahl im Vorfeld nicht die Bedeutung beigemessen, die sie hatte.

Für die Fraktion der CDU kann ich sagen, dass es sich gelohnt hat. Nicht weil wir hier jetzt als stärkste Fraktion sitzen, das freut mich natürlich auch, sondern weil es uns als Demokraten gemeinsam gelungen ist, die Bürgerinnen und Bürger der beiden Städte unseres Landes für eine Wahl wieder stärker zu begeistern als das bis dahin der Fall ge-

wesen ist. Daran haben wir alle, alle demokratischen Fraktionen, einen gemeinsamen Anteil und ich finde, das ist ein Kompliment für die Arbeit der letzten Bremischen Bürgerschaft, für die wahlkämpfenden Parteien, für ihre Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten. Es ist ein Kompliment für den Parlamentarismus in Bremen und dafür möchte ich mich bei Ihnen allen ganz herzlich bedanken.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, Abgeordneter Timke [BIW])

Diese gestiegene Wahlbeteiligung und die überwiegend sehr sachliche Auseinandersetzung unter den Parteien in der letzten Legislaturperiode, aber auch im Wahlkampf, hat aus meiner Sicht den ganz wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass wir das Bundesland sind, das zurzeit das zweitniedrigste Wahlergebnis für die Partei der AfD hat. Gerade in Anbetracht der jetzt anstehenden Landtagswahlen in den drei neuen Ländern, aber auch in Kenntnis der Ergebnisse der Landtagswahlen in anderen westlichen Ländern muss man sagen – man darf auch einmal unbescheiden sein – dass das ein gemeinsamer Erfolg der demokratischen Parteien in Bremen ist: Dass wir uns über die zentralen Fragen der letzten Jahre nicht so zerstritten haben, dass die Menschen ihr Heil in den populistischen Thesen der AfD gesucht haben. Wir haben diese Gesellschaft weitgehend zusammengehalten und das ist ein Verdienst der Abgeordneten der letzten Legislaturperiode.

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, Abgeordneter Timke [BIW])

Das war der versöhnliche Teil. Es geht jetzt nicht so weiter.

(Heiterkeit – Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir ahnten es schon!)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gab am 26. Mai natürlich auch einen Auftrag der Wählerinnen und Wähler. Der Auftrag war ganz eindeutig: Die bis dahin regierende rot-grüne Regierung ist abgewählt worden. Sie hat keine parlamentarische Mehrheit mehr gehabt. Sie hat die Menschen in den beiden Städten unseres Landes nicht davon überzeugt, dass der Weg ihrer Politik richtig ist. Die Menschen haben sich personell und inhaltlich eine neue Regierung und eine neue Politik für Bremen und Bremerhaven gewünscht und die Frage, die wir uns heute bei der

Wahl des Senats stellen müssen ist, ob der neue Koalitionsvertrag diesem Wählerauftrag gerecht wird oder nicht.

Es wird Sie nicht überraschen, meine sehr verehrten Damen und Herren, aus Sicht der Fraktion der CDU kann ich ganz klar sagen, dass die neue rot-grün-rote Regierung den Wählerauftrag weder verstanden noch in dem Koalitionsvertrag umgesetzt hat. Sie machen so weiter wie bisher, als hätte es die Wahl nicht gegeben, nur mit neuen Mehrheiten. Das ist kein Aufbruch, das ist kein Neuanfang, das ist nicht die Umsetzung des Wählerwillens vom 26. Mai, meine Damen und Herren!

(Beifall CDU, FDP)

Ich habe den Koalitionsvertrag gestern noch einmal gelesen. Ich hatte schon beim ersten Mal Schwierigkeiten durchzuhalten. Gestern ist es mir noch schwerer gefallen. Die Frage, die wir zu beantworten haben, ob wir dem Senat und dem neuen Bürgermeister heute das Vertrauen schenken, ist nicht so sehr eine Frage der Wertschätzung der jeweiligen Person. Das will ich vorab ausdrücklich sagen. Sie hängt ausschließlich damit zusammen, ob wir glauben, dass der diese Regierung verbindende Vertrag den gesellschaftlichen Herausforderungen in den beiden Städten unseres Landes gerecht wird oder nicht. Wird dieser Vertrag, werden diese 140 Seiten der Lage unseres Landes gerecht?

Zunächst muss man sagen, dass es nicht an linker Rhetorik mangelt. Hartz IV soll überwunden werden, Sanktionen für Leistungsbezieher, die sich ihrer Vermittlung in den Arbeitsmarkt verweigern, sollen abgeschafft werden, die Vermögenssteuer eingeführt, die Erbschaftssteuer erhöht, die Einkommensteuer für höhere Einkommen ebenfalls erhöht werden. Die Strafbarkeit von Cannabis sowie die öffentliche Verunglimpfung von Kirchen und Religionsgemeinschaften oder das Schwarzfahren soll ebenso abgeschafft werden. Die Lebenswirklichkeit der Menschen in Bremen, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat mit all diesen linken Rhetoriken überhaupt nichts zu tun.

Besonders geärgert hat mich eine ganz kleine Passage, die sinnbildhaft für das neue Politikverständnis der rot-grün-roten Regierung steht: Das ist der Ausschluss von Angehörigen der Bundeswehr aus unseren Schulen in Bremen und Bremerhaven. Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Maßnahme hängt dem Gedanken nach, als ob unsere Bundeswehr oder die Menschen, die sich dort verpflichten, an irgendwelchen kriegerischen

Handlungen oder militaristischen Vorstellungen arbeiten oder dem nachhängen. Ich kann nicht verstehen, wie ein Senat sich überbordend unzutreffend bei den Angehörigen der Bundeswehr immer wieder dann bedankt, wenn es darum geht, Naturkatastrophen abzuwenden oder große Herausforderungen wie die Flüchtlingswelle 2015 zu bewältigen. Es sind junge, überwiegend junge Menschen, die ihren Dienst versehen. Die ihre Gesundheit, teilweise ihr Leben in den Dienst unserer Gesellschaft stellen, die unsere Demokratie verteidigen wollen, die für Frieden und Freiheit in anderen Regionen unserer Welt ihr Leben einsetzen, um den Menschen dort Lebensperspektiven zu bieten. Warum dieser wertvolle Dienst ausgerechnet in bremischen Schulen nicht mehr beworben werden kann, kann ich nicht verstehen. Ich halte das für einen Skandal, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall CDU, AfD, FDP)

Es mangelt dem Koalitionsvertrag auch nicht an Unverbindlichkeit. Vieles soll geprüft, fortgesetzt, intensiviert, verstärkt, angepasst, beraten, in Runden Tischen abgestimmt oder sogar ressortübergreifend in Arbeitsgruppen erörtert werden. Vieles soll in dieser Legislaturperiode gar nicht entschieden werden. Ein Klimaschutzziel gibt es beispielsweise bei allen Bekundungen zum Klimaschutz für diese Legislaturperiode nicht. Es wird in vielen Bereichen, insbesondere auch zu den aus Sicht der Fraktion der CDU drei wichtigen großen Themen, überhaupt nichts Messbares in Aussicht gestellt.

Für uns und unser Bundesland ist aus Sicht der Fraktion der CDU ganz entscheidend, was mit der Zukunft unserer Kinder passiert. Während die Tinte noch nicht unter den Koalitionsvertrag gesetzt war, begannen sich schon die Meldungen zu bestätigen, dass sich das Chaos, die unzureichende Ausstattung und insbesondere das Missmanagement im Bereich von Kita und Schule unverändert fortsetzen. Zu Beginn des neuen Kita-Jahres fehlen erneut 900 Plätze.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der unversorgten Kinder massiv gestiegen. Manche Familien warten schon das zweite Jahr in Folge, ohne einen Platz für ihre Kinder zu bekommen. Das Chaos in der Kita-Versorgung hat die bisherige Regierung von rot-grün über Jahre nicht in den Griff bekommen. Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz gilt schon seit dem Jahr 2013, trotzdem ist die Versorgung der Kinder bis heute nicht gewährleistet. Das

ist ein Armutszeugnis für die Politik gegenüber den Kindern in den beiden Städten unseres Landes.

(Beifall CDU, FDP)

Nach Angaben der Senatorin für Kinder und Bildung ist wieder jede sechste Lehrerstelle in Bremen unbesetzt. 41 Lehrerinnen und Lehrer fehlen und der Unterricht muss von Lehramtsstudentinnen und Lehramtsstudenten sowie Referendarinnen und Referendaren aufgefangen werden. Die Folge ist auch in diesem Jahr wieder ein massiver Unterrichtsausfall. Allein im April 2019 sind an den allgemeinbildenden Schulen bereits mehr als 10 000 Unterrichtsstunden ausgefallen oder fachfremd vertreten worden. Wir haben einen Sanierungsstau in unseren Schulen von 1,5 Milliarden Euro, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist die desaströse Leistungsbilanz einer bisher regierenden rot-grünen Regierung in Bremen.

Gleichzeitig steigt, wie wir in der Sommerpause erfahren haben, die Zahl der Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher bundesweit, in Bremen besonders stark. Die Studie der Caritas hat ergeben, dass es in Bremen im Jahr 2017 575 Schüler, das heißt knapp neun Prozent, waren, die die Schule sogar ohne Hauptschulabschluss verlassen haben. Meine Damen und Herren, wer Bildungsgerechtigkeit zu seiner Maxime erklärt, kann sich mit solchen Zahlen nicht zufrieden geben. Diese Schulabbrecherquote in Bremen und Bremerhaven ist ein Armutszeugnis, meine Damen und Herren!

(Beifall CDU, FDP)

Welche Antwort bietet der Koalitionsvertrag von rot-grün-rot? Er verspricht beispielsweise wie schon vor vier Jahren und wie vor acht Jahren, dass eine bedarfsgerechte Versorgung mit Kita-Plätzen erfolgen soll. Er verspricht den Aufbau der Ganztagschule, ohne zu sagen, wann an welchen Standorten Ganztagschulen gebildet werden sollen. Er verspricht eine Lehrerversorgung von 105 Prozent, die jetzt schon nicht gewährleistet ist, wenn 41 Lehrerstellen unbesetzt bleiben. Er verspricht eine Qualitätsoffensive, ohne zu belegen, wie diese im Einzelnen erreicht werden soll. Es bleibt offen, was im Bildungsbereich wann, mit welchen Maßnahmen und mit welchen Finanzierungsmitteln unterlegt, erreicht werden soll.

Die Versorgung soll nur nach Sozialindizes weiter verfolgt werden. Das ist eben wieder Gegenstand der Debatte gewesen. Ich kann das nicht verstehen: Ist eine alleinerziehende Mutter, nur weil sie

in Schwachhausen lebt, weniger wert als eine alleinerziehende Mutter in Gröpelingen? Ist ein Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf aus der Vahr weniger wert, als wenn es aus Lesum kommt oder aus Blumenthal? Meine sehr verehrten Damen und Herren dieser rot-grün-roten Regierung, hören Sie auf, unsere Stadt in gute und schlechte, in arme und reiche, in bevorzugte und benachteiligte Stadtteile zu trennen. Machen Sie endlich Politik für die gesamte Stadt unseres Landes!

(Beifall CDU, FDP)

Das zweite Thema, das für die Zukunft ganz maßgeblich sein wird ist die Arbeitslosigkeit und das Wirtschaftswachstum. Was ist da passiert? Noch bevor die Tinte unter dem Koalitionsvertrag trocken war, kam die Meldung, dass die Arbeitslosigkeit in Bremen weiter steigt. Sie ist im Juli, im dritten Monat in Folge, wieder angestiegen, auf nunmehr 9,8 Prozent. Wir haben in den letzten Tagen gelesen, dass es im ersten Halbjahr bei Eurogate einen Umsatzeinbruch um 8,6 Prozent gegeben hat. Ein Ausgleich für diese weggebrochenen Umsätze ist nicht erzielt worden. Für Bremen und Bremerhaven zeichnen sich die ersten Signale einer wirtschaftlichen Rezession ab. Wie soll die Politik in Bremen darauf reagieren, welche Antwort gibt die neue rot-grün-rote Regierung auf diese entscheidende Frage? Ich habe im Koalitionsvertrag nicht eine einzige Antwort gefunden.

Im Gegenteil: Sie blockieren wichtige Infrastrukturmaßnahmen wie den OTB in Bremerhaven und die Weser-Vertiefung. Sie blocken die Sanierungsbedarfe an Straßen und Brücken, obwohl sie bekannt sind. Wo und mit welchen Maßnahmen sollen in Bremen und Bremerhaven neue Arbeitsplätze geschaffen werden? Auf welchen Flächen wollen Sie den von Ihnen selbst zugestandenen Gewerbeflächenbedarf befriedigen? Wie soll die Qualifikation der Schulabgänger für den Arbeitsmarkt verbessert werden? Mit welchen Maßnahmen sollen die Arbeitslosen besser auf die Herausforderungen des Arbeitsmarktes vorbereitet werden, damit die neu entstehenden Arbeitsplätze nicht immer wieder und immer weiter an Menschen aus anderen Bundesländern verteilt werden, meine Damen und Herren. Auf alle diese Fragen, die für unser Bundesland und die Menschen, die in ihm leben, existentiell sind, finden Sie keine Antwort. Hartz IV überwindet man nicht durch eine Änderung von Gesetzen. Hartz IV überwindet man, indem man den Menschen Perspektiven am ersten Arbeitsmarkt gibt. Darauf haben Sie sich als

Koalition in keiner Weise verständigt und haben keine Maßnahmen dazu vorgeschlagen.

(Beifall CDU, AfD, FDP)

Wir brauchen eine Digitalisierungsstrategie für das Land Bremen. Ein Sanierungsprogramm für Straßen und Brücken. Wir brauchen Sofortmaßnahmen für die verkehrliche Entlastung der Überseestadt. Wir brauchen eine Perspektive für den OTB. Wir brauchen ein Gewerbeflächenprogramm, das die industriellen und gewerblichen Bereiche verbindet, wir brauchen in der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik mehr als nur ein weiter so der bisherigen gescheiterten rot-grünen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.

Lassen Sie mich einen letzten kurzen Bereich beleuchten, das ist der bezahlbare Wohnraum: Die Kollegin Aulepp hat gesagt, sie seien eine Mitte-Links-Regierung. Wenn man den Koalitionsvertrag liest, kann man das an keiner Stelle finden. Machen Sie sich nichts vor und versuchen Sie nicht, die Menschen zu blenden: Sie sind eine reine linke Regierung. Nirgendwo wird das deutlicher als im Bereich des Wohnungsbaus. Sie schreiben in einem Satz, Sie wollen bezahlbaren Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten schaffen. Die Maßnahmen, die Sie dafür vorschlagen, sind, neben Mietpreisbremse und Sozialbindungsquote, alle nur ausgerichtet auf sozialen Wohnungsbau und bei Innenverdichtung auf hochpreisigen Wohnungsbau.

Wir haben während der Koalitionsverhandlungen gelernt, dass im Jahr 2017 2 500 Menschen ins niedersächsische Umland gezogen sind, weil sie als Mittelschicht in Bremen keinen bezahlbaren Wohnraum bekommen, weil sie ihn sich in Bremen nicht mehr leisten können. Welche Antwort geben Sie in dem Koalitionsvertrag? Sie schreiben nur, wo Sie nicht bauen wollen. Warum sagen Sie denn Menschen nicht, welche Flächen Sie für den Wohnungsbau ausweisen wollen? Wo soll eine Durchschnittsfamilie in Bremen bezahlbar ihren Wohnsitz nehmen können, um Bestandteil unserer Gesellschaft zu werden,

(Glocke)

um in Kitas dabei zu sein, in unseren Schulen dabei zu sein, an Wahlen teilzunehmen. Wir brauchen für die Zukunft unseres Bundeslandes auch die Mittelschicht unserer Gesellschaft und die findet sich in Ihrem Koalitionsvertrag, meine Damen und Herren, an keiner Stelle wieder.

(Beifall CDU, FDP)

Insgesamt also, Herr Präsident, findet sich im Koalitionsvertrag viel linke Ideologie. Es findet sich kein Anhaltspunkt dafür, dass eine vom Wähler gewünschte inhaltliche Änderung der Politik tatsächlich stattfindet. Es findet sich nur ein weiter so mit neuen Mehrheiten. Das übrigens auch noch, mit zehn Mitgliedern des Senats und 14 Staatsräten, mit einem der größten Senate der letzten 30 Jahre. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Koalitionsvertrag und insbesondere auch das vorliegende Senatsgesetz bieten nicht die Gewähr dafür, dass der vom Wählerwillen gewollte Aufbruch, die Erneuerung und der Kurswechsel stattfinden. Die Fraktion der CDU wird geschlossen den Senat nicht mitwählen. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Steiner.

Abgeordnete Steiner (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 26. Mai war es endlich so weit, Bremen hat gewählt, und nach über 70 Jahren und das erste Mal in der Geschichte hatte nun die CDU die meisten Stimmen. Für uns stand damit eigentlich fest, dass die CDU auch den Regierungsauftrag hat, aber leider fehlte dafür anscheinend einigen im Hause der Mut. Sie haben es nämlich nicht gewagt als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, einen echten Neuanfang zu starten und damit auch Bremen in eine fortschrittliche Regierung und in eine fortschrittliche Richtung zu entwickeln. Diese Chance ist leider vertan. Trotz allem möchte ich mich an dieser Stelle noch einmal bei allen Beteiligten für die Sondierung bedanken, denn der Austausch war geprägt von Ideenreichtum, Visionsstärke und Einfällen und allein dafür hat es sich, finden wir, schon gelohnt. Ein Dank an alle Beteiligten!

(Beifall FDP)

Wir hatten als Fraktion der FDP Ideen eingebracht, aus Bremen eine clean City zu machen und damit Wirtschaft und Klimaschutz zu verbinden. Wir hatten das Gefühl, dass es gut aufgenommen wurde. Einen green Airport zu schaffen, ein green Shipping und ein nachhaltiges CO₂-neutrales Tourismuskonzept zu etablieren und auch aus Bremerhaven ein Start-up mit Fokus auf nachhaltige, fleischlose Ernährung zu machen, das waren Ideen, die wir besprochen hatten. Der OTB wäre übrigens

Geschichte gewesen, ebenso die Außenweservertiefung im Stadtgebiet, und damit hatten wir eigentlich zusätzlich ein klares Bekenntnis für gute Bildung und eine starke, unterstützende Wirtschaftsförderung.

Viele gute Themen, viele neue Themen, aber das war nun einmal nicht gewünscht. Jetzt bekommen wir leider das, was viele nicht wollten, nämlich eine Fortsetzung der vergangenen zwölf Jahre ergänzt um DIE LINKE.

Die Bilanz der SPD-geführten Regierung sieht in vielerlei Hinsicht unbefriedigend aus: PISA-Schlusslicht, Verschuldungsschlusslicht und Armutsschlusslicht sind nämlich die wesentlichen Misserfolge der sozialdemokratisch geführten Senate. Bremen bekommt mit Dr. Andreas Bovenschulte nach Dr. Carsten Sieling erneut einen Bürgermeister, der vor der Wahl nicht als Bürgermeisterkandidat aufgetreten ist und der zudem in der Gemeinde Weyhe einen mindestens unglücklichen Abgang hingelegt hat. Ich weiß nicht, ob das nicht zusätzlich zur Politikverdrossenheit beiträgt. Der Bevölkerung ist es schwer zu vermitteln, dass erst die CDU stärkste Kraft wird, um dann vom Siegereppchen gestoßen zu werden und um von einem Mann, der nun einmal nicht als Spitzenkandidat kandidierte und bei den Koalitionsverhandlungen zumindest am Anfang noch nicht einmal dabei war, abgelöst zu werden. Ich finde, diese Vorgehensweise bringt unsere Demokratie zum Teil mächtig ins Wanken.

(Beifall FDP)

Dennoch, wir Freien Demokraten sind immer zielorientiert an die Sache herangegangen. Herr Dr. Bovenschulte, Sie haben sich Großes vorgenommen, wenn Sie Bremen wieder auf Erfolgskurs bringen wollten. Wir werden Sie beobachten und sind gespannt, wie Sie versuchen, Bremens Potenziale zu entfalten. Schauen wir uns einmal die brennendsten Themen gemeinsam an.

Die Bildung: Bremen hat sich in den vergangenen Jahren als Bildungsschlusslicht etabliert und Fortschritt ist bisher leider wenig erkennbar. Heute nun die gute Nachricht im Bereich der Hochschule, das ist etwas ganz Tolles. Trotz allem, Fakt ist, die Hochschulqualität rettet Bremen vor dem letzten Platz. Die Ergebnisse der Schulqualität sind aber nach wie vor katastrophal. Gerade in dieser Basisbildung ist es aber wichtig, dass sich etwas ändern muss.

Im Koalitionsvertrag ist uns positiv aufgefallen, dass Sie sich stärker für die Sprachvermittlung einsetzen und ein Konzept für Sprachbildung und Sprachförderung erarbeiten wollen. Auch die Idee des solidarischen Miteinanders ist wichtig und ein guter Ansatz. Auch Politiker in die Schulen zu schicken, unabhängig von Wahlkampf, finden wir wichtig und richtig, nur wir bitten darum, dass dann auch alle eingeladen werden und nicht nur die Regierungsfractionen.

Die FDP hat bereits vor vier Jahren im Bildungskonzept für mehr Männer als Erzieher und Grundschullehrer plädiert und es freut uns, zu sehen, dass auch Sie das annehmen und versuchen, da Verbesserungen zu erzielen.

Das brennendste Thema ist die Schulsanierung und der Neubau. Auch da haben Sie sich vieles vorgenommen und das unterstützen wir. Es ist uns nur bisher unklar, wie Sie diese Mammutaufgabe tatsächlich finanzieren wollen. Herr Röwekamp hat es gesagt, 1,5 Milliarden Euro als Sanierungsstau ist eine Aufgabe, die nur schwer zu bewältigen sein wird. Trotz allem ist Fakt, dass der Ruf des Bremer Bildungssystems der entscheidende Bremsklotz bei der Gewinnung von Fachkräften für Bremen ist, und das muss das wichtigste Thema an dieser Stelle werden. Ich glaube, da sind wir uns zumindest einig. Wie Sie das schaffen wollen, ist uns nicht klar.

Was ist mit dem Leistungsprinzip an den Schulen? Wir Freien Demokraten wollen immer den Leistungsgedanken positiv stärken, damit Bremer Kinder endlich wieder mit den Kindern in anderen Bundesländern mithalten können. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Kernfächer Lesen, Schreiben und Rechnen gestärkt werden. Wir wollen das Gymnasium stärken, das im Koalitionsvertrag neben den Oberschulen leider ein Schattendasein fristet, und das Gymnasium zu stärken heißt für uns übrigens auch die Gründung neuer Gymnasien und mittelfristig die Reduzierung der Klassenstärken, aber leider findet sich nichts davon im Koalitionsvertrag wieder. Genauso wenig übrigens die Stärkung der Schulen in freier Trägerschaft, die in Bremen einen besonders wichtigen Beitrag zur Schullandschaft leisten. Denen billigt man im Koalitionsvertrag mit gerade einmal zwei Sätzen ihren Platz im bremischen Schulsystem zu. Schade. Da hätten wir tatsächlich mehr erwartet.

(Beifall FDP)

Was den sozialen Bereich betrifft, ja, liebe Anja Stahmann, da wissen wir, dass Sie in den vergangenen Jahren viele Aufgaben zu bewältigen hatten. Da wurde aber auch vieles richtig gemacht. Sie wissen, dass wir Ihnen da unser Vertrauen entgegenbringen und wir wissen, dass Sie wissen, welche Aufgaben es gibt. Trotz allem glauben wir, dass das bei Ihnen in guten Händen ist, und darin ist viel Bewegung.

(Beifall FDP, Bündnis 90/Die Grünen)

Zurück zur Bildung: Tatsächlich problematisch ist die mangelnde Verlässlichkeit bei der Versorgung mit den Kinderbetreuungsplätzen. Es wurde schon gesagt, 900 Plätze fehlen und wir werden Sie an dieser Stelle sehr stark kontrollieren, denn ohne Betreuung können viele Menschen nicht zur Arbeit gehen und denen nehmen wir wichtige Perspektiven. Es freut uns, dass Sie die Randzeiten ausbauen und auch eine 24-Stunden-Kita ermöglichen wollen, das finden wir sehr gut. Das ist ein dringend notwendiger Schritt und wir erwarten, dass wir in den nächsten Jahren in diesem Haus hoffentlich nicht mehr über Betreuung reden müssen, sondern dass es eine Selbstverständlichkeit ist, die Kinder wohlbehütet und zu jeder Zeit untergebracht zu wissen.

Dem Wirtschaftsressort sollte eine besondere Bedeutung zukommen. Ehrlich gesagt hat hier gerade kaum eine der Regierungsfractionen als Vertreterin von Wirtschaft groß ein Wort darüber verloren und das ist unglaublich und schade, denn ich glaube, dass Bremens Wirtschaftskraft enorm ist. Hier sind viele kleine und mittelständische Unternehmen, es sind Konzernzentralen in Bremen angesiedelt, ein großer Jobmotor für die Region, und die brauchen eine weitaus größere Bedeutung, und da wenig bis nichts zu sagen ist, glaube ich, der falsche Weg.

(Beifall FDP)

Ohne Bremens Firmen ist Bremen einfach nichts, und das verdient besondere Aufmerksamkeit. Frau Vogt, Sie sind ja neu hier, wir sind gespannt, was Sie für Bremen erreichen werden. Fakt ist, Ihre Personalauswahl ist spannend. Wir glauben, dass Sie sich mit Frau Ahlers und auch Herrn Stührenberg gute Leute ausgesucht haben und damit auch auf Fachwissen zurückgreifen. Wir sind sehr gespannt, was dabei herauskommt.

Sie sagten einmal, dass kleinere und mittlere Unternehmen in den letzten Jahren nicht im Blick des

Wirtschaftsressorts gewesen seien. Das finden wir gut, das sehen wir nämlich genauso, und wir finden es richtig, wenn Sie sich dem jetzt annehmen und sich das in Zukunft ändert. Genau deshalb erwarten wir aber auch, dass mittelständische Inhalte aus dem Koalitionsvertrag, wie beispielsweise die Verkomplizierung von Ausschreibungen, die Ausbildungsumlage und die Beibehaltung des Landesmindestlohns, jetzt noch einmal überdacht werden, denn das ist etwas, das der Wirtschaft eher schadet als nützt. Die Wirtschaft keucht schon jetzt unter der enormen Last: Bürokratie, engmaschige Gesetze, die wenig Spielraum zulassen, hohe Steuern, enorme Anstrengungen Fachkräfte zu gewinnen und dann noch ausbildungsfähige Jugendliche zu finden. Wir erwarten von Ihnen Unterstützung und ein positives Bekenntnis zum Unternehmertum. Das umfasst auch alle Unternehmen und ist nicht nur begrenzt auf Social-Entrepreneurship-geprägte Unternehmen.

Auch die Wirtschaftsbildung in den Schulen muss endlich besser und vor allem wertschätzender werden. Gegenüber dem Unternehmertum sollten andere Inhalte tatsächlich vermittelt werden. Wir Freien Demokraten werden in dem Fall an Ihrer Seite stehen, wenn es darum geht, kleine und mittlere Unternehmen zu unterstützen, und Ihnen da bei Ihrer neuen Aufgabe auf die Finger schauen.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, Klimaschutz ist offensichtlich der Schwerpunkt der neuen Koalition. Das liest sich sehr positiv, insbesondere beim Thema Wasserstoff wird hier offensichtlich mit vielen innovativen Ideen gearbeitet. Für uns hat sich trotzdem die Frage gestellt: Warum eigentlich erst jetzt? Warum nicht schon früher die Autoflotte umrüsten? Warum nicht schon früher klimaneutral bauen? Warum nicht schon früher für mehr Nachhaltigkeit sorgen? Warum nicht schon früher mehr Solar- und Windenergie einsetzen, auch gerade als Senat? Wir wünschen uns an dieser Stelle, dass Nachhaltigkeit tatsächlich groß gedacht und nicht ausschließlich auf Klimaschutz fokussiert wird, sondern das Thema ist sehr weit und in Gänze wichtig.

Schade ist, dass in dem Zusammenhang die Verkehrspolitik gegen die Klimapolitik ausgespielt wird. So, wie jetzt die Verkehrspolitik von der Koalition gedacht wird, befürchten wir, dass beispielsweise klimaschädliche Staus eher zunehmen werden. Wir fordern dagegen einen ganzheitlichen und smarten Ansatz, damit in Bremen zukünftig alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt und

frustfrei nebeneinander existieren können. Es gibt nicht ein Wort, wie man die Staus in der Überseestadt verhindern will, die schon jetzt tagtäglich tausende Menschen Lebenszeit kosten. Sie wollen Uber verhindern, aber Sie werden den Fortschritt nicht aufhalten können, und das gilt auch für Carsharing. Bei Carsharing werden nur stationäre Entwürfe gedacht und es wird auch veraltet gedacht. Kein Wort zu sogenannten Floating-Konzepten und Anbietern wie car2go und DriveNow. Parkhäuser sollen geschlossen werden und dafür Park-and-ride-Angebote die Alternative sein. Wo das stattfinden soll, steht allerdings nirgends, und hier ist der Koalitionsvertrag sehr ungenau und wir erwarten auch hier, dass Sie für alle Verkehrsteilnehmer denken.

Genau hinschauen werden wir auch im Ressort von Herrn Ulrich Mäurer, denn als Fraktion der FDP haben wir in der vergangenen Legislaturperiode einen Antrag eingereicht, der genau die Zielzahlen vorgeschlagen hat, die jetzt im Koalitionsvertrag wiederzufinden sind. Damals wurde das von SPD und Bündnis 90/Die Grünen noch abgelehnt. Heute stehen sie im Koalitionsvertrag und das ist wichtig für Bremens Sicherheit. In dem Zusammenhang muss der Ausbau der Hochschule für öffentliche Verwaltung umgesetzt werden und den Ausbau des Ordnungsdienstes finden wir auch super und der hat sicherlich auch gut angefangen.

Trotzdem gibt es auch in dem Bereich, im Bereich der Innenpolitik, große Herausforderungen, denen Herr Mäurer in der Vergangenheit leider nicht Herr geworden ist. Das Thema Clankriminalität spielt eine große Rolle. Linksextremismus und Wohnungseinbruchskriminalität gehören auch dazu. Gerade zum Thema Linksextremismus findet sich kein einziges Wort im Koalitionsvertrag. Dabei hat nicht nur die jüngste Vergangenheit gezeigt, dass wir auf keinem Auge – weder auf dem rechten noch dem linken – blind sein dürften. Das haben wir gerade wieder beobachten müssen, als die Anschläge auf unsere Polizei verübt wurden. Wir brauchen eine Unterstützungskultur für die Polizei, die auch den Abbau der Überstunden berücksichtigt. Da einmal wieder nur ein Konzept zu erarbeiten reicht uns einfach nicht mehr aus.

(Beifall FDP, AfD)

Zum Schluss möchte ich noch einmal eines betonen: Keine der größeren Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag ist mit Geld hinterlegt. Die Finanzierung bleibt komplett offen. Alles steht bisher unter dem Finanzierungsvorbehalt. Allein über der

GeNo schwebt ein Damoklesschwert, das jederzeit fallen kann. So, wie es aussieht, finden die echten Koalitionsverhandlungen noch einmal mit den nächsten Haushaltsberatungen statt. Wir trauen Ihnen, Herr Strehl, auf jeden Fall viel zu. Wir haben Sie im Haushaltsausschuss mehrfach erleben können und wir sind gespannt, wie Sie diese Aufgabe meistern werden.

Bremen wird auch noch auf absehbare Zeit ein Haushaltsnotlageland bleiben. Die Pro-Kopf-Verschuldung ist weiterhin im bundesweiten Vergleich erschreckend hoch und Bremen ist leider hier einsamer Spitzenreiter. Solange es Bremen durch gute Bildungs- und Wirtschaftspolitik nicht gelingt, mehr Menschen in Arbeit zu bringen, wird sich diese Situation leider auch nicht verbessern können. Die wirtschaftliche Lage wird auf Dauer, das befürchten wir, nicht so positiv bleiben. Die Vorzeichen verschlechtern sich schon jetzt und eine Konjunkturdelle ist leider absehbar. Trotz weiterhin hoher Steuereinnahmen mussten die Prognosen bereits nach unten korrigiert werden und daher vermissen wir wichtige Impulse in der Bildungs- und Wirtschaftspolitik und bedauern die Politik, die an den Problemen der Menschen vorbeigeht.

Frau Aulepp, Sie sagten in Ihrer Rede, dass Sie neue Schwerpunkte setzen wollen. Diese haben wir leider nicht erkannt. Wir verstehen unsere Oppositionsarbeit in den nächsten Jahren so, dass wir mahnender Zeigefinger und zugleich Ideengeber sind, und wir hoffen, dass sich Bremen positiv entwickeln wird. Für uns ist eines klar: Es gibt genug zu tun und wir sollten es jetzt anpacken.

(Beifall FDP)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Jürgewitz das Wort.

Abgeordneter Jürgewitz (AfD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie mussten nun vier Jahre auf die AfD warten,

(Abgeordnete Leonidakis [DIE LINKE]: Ist uns nicht schwergefallen!)

nun sind wir mit ganzer Fraktionsstärke hier.

Freuen Sie sich auf die nächsten vier spannenden Jahre mit uns, das können wir Ihnen versprechen!

(Zuruf Abgeordneter Eckhoff [CDU])

Liebe Kollegen, Grün-Sozialistische, Christdemokraten, Liberale, Kollegen einer ehemaligen Arbeiterpartei ohne Arbeit, Sozialisten, Kommunisten und Leninisten, Stalinisten und grüne Trotzlisten,

(Unruhe)

und wieder – die Regierung ist noch gar nicht im Amt – wird Geld hinausgeworfen für Stellenmehrung. Senatoren nach der Besoldungsgruppe B 11, mehr geht nicht, in der 18. Legislaturperiode gab es einen Senator mehr, jetzt dann wohl in der 20. auch, aus sieben werden dann neun. Geld spielt ja keine Rolle, über den Länderfinanzausgleich zahlen das ja andere. Grüße an dieser Stelle an Herrn Söder und Herrn Kretschmann, die sicherlich gern zahlen.

Aber was war, was ist zu erwarten von einer rot-grün-sozialistischen Regierung hier in Bremen, nun also mit den linken Ultras? Wirtschaftsverbände warnen bereits vor dieser Koalition. Wir, die AfD, tun es auch nachhaltig, um einen Begriff aus dieser gutmenschelnden Werkzeugkiste zu nutzen.

Warum? Die erste Regierung in Westdeutschland mit den linken Ultras, den Kommunisten, man mag es kaum glauben, den Rechtsnachfolgern der SED, um das einmal ganz klar rechtlich hier klarzustellen! Unter dem Begriff Sozialistische Einheitspartei sammelt sich nun in dieser Koalition in Bremen eine revolutionäre Zwangsvereinigung im Westen, diesmal mit politischen Veganern. Es wächst zusammen, was zusammengehört, alles zur Rettung der SPD vor ihren Wählern letztendlich. Sie kämpfen in einigen Ländern ja schon um die Fünf-Prozent-Hürde. Statt umzuschwenken, wie Ihre Parteifreunde in Dänemark, geht es weiter in den Untergang. Wenn Sie dazu heute einmal die FAZ lesen, vom 15. August also – ich zitiere einmal Ihre Genossen, die dort genannt werden:

„Es ist notwendig, die Lage“ – also die Lage der SPD – „nicht länger schönzureden und zu erkennen, dass die SPD in einer fundamentalen Sinn- und Erosionskrise steckt und ihre Existenz als Volks- und Mitgliederpartei am seidenen Faden hängt.“ Die Partei wirke wie von allen guten Geistern verlassen, orientierungslos, mutlos, ideenlos, verzagt, wehleidig. Noch immer gibt es zu viele in der Partei, die die aktuelle Lage beschönigen, die die Existenzbedrohung leugnen. Die SPD müsse raus aus dem Modus der Selbsttäuschung und Selbstbeschwichtigung. Die Vorstellung jedoch, die SPD könne sich als bessere Grüne profilieren, führt in die Irre, so Ihre eigenen Genossen! Irr, sage

ich dazu, jetzt mit Schwan und Stegner! Mein lieber Schwan!

(Unruhe – Abgeordneter Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Tada! Tada! Tada!)

Ich komme wieder zu Bremen, keine Sorge, immer mit der Ruhe, wir haben ja 15 Minuten, da lässt sich eine Menge sagen: Die SPD – jetzt wieder hier in Bremen – ist auch aus Erfahrung, wie auch bundesweit natürlich, nicht klug geworden, hat vergessen, dass die KPD immer die SPD als ihren Feind Nummer eins gesehen hat. Die SPD paktiert also mit jedem, egal ob grün oder Steinzeitkommunisten à la Nordkorea oder Kuba. Kurt Schumacher würde sich im Grabe umdrehen, aber er würde heute AfD wählen.

(Lachen Bündnis 90/Die Grünen)

Keine fünf Jahre dauerte es seit dem Zerfall der sogenannten DDR, bis die SED-Nachfolgepartei 1994 bereits einen SPD-Mann zum Ministerpräsidenten wählte. Wir erinnern uns an Herrn Höppner. 1998 war die SED dann sogar in Mecklenburg-Vorpommern mit in der Regierung. Es folgten 2002 Berlin, 2009 Brandenburg und 2014 Thüringen. Immer hat sich die SED wieder zusammengefunden, die sozialistische Einheitspartei aus SPD und Kommunisten. Vorwärts immer, rückwärts nimmer, darauf ein Rotkäppchen!

Es war, es ist der SPD und der Veganerpartei egal, dass die SED-Nachfolgepartei und ihre Teilgliederungen vom Verfassungsschutz beobachtet wurden und werden. Für Herrn Mäurer von der SPD: Linke Ultras gibt es nicht nur im Weser-Stadion. Ich nenne nur die Kommunistische Plattform und die Antikapitalistische Linke als offene linksextremistische Zusammenschlüsse mit ihren Verflechtungen zum gewaltbereiten linksterroristischen Spektrum; Quelle: Drucksache [18/1823](#), Niedersächsischer Landtag.

Dann noch die Jugendorganisation 'solid – ziemlich solid –, die sich zu Weihnachten 2018 über Facebook „full communism“ – kaum auszusprechen: vollen Kommunismus – wünschte. Dem kommt Bremen ja nun ein gutes Stück näher, und dann werden sicherlich in Zukunft die Straßen in Bremen auch nach entsprechenden Personen benannt. Rosa Luxemburg sehe ich da schon stark im Kommen. Dann kann man nur hoffen, dass Mäurer hier in Bremen den Noske macht bei diesem Spartakusaufstand genau 100 Jahre später, bei diesem revo-

lutionärem Umsturzversuch dieser roten Scheindemokraten. Bremen wird zur SBZ, zur sozialistischen Besatzungszone.

(Lachen SPD)

Quintessenz, meine Damen und Herren: Wir lehnen die Erweiterung des Senats um diese eine Position ab. Wir lehnen selbstverständlich auch den Senat ab und werden entsprechend abstimmen. Wie gesagt, freuen Sie sich mit uns auf die nächsten vier Jahre! – Danke schön!

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abgeordneter Rupp (DIE LINKE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich wichtigeren Themen widmen und nicht diesen kabarettistischen Darbietungen, die wir eben gehört haben. Wenn das die Opposition ist, die wir fürchten sollten, kann ich ganz ehrlich sagen: Ich habe überhaupt keine Angst davor.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich erlaube mir an dieser Stelle, weil ich auch schon ein kleines bisschen länger Mitglied dieses Parlamentes bin, eines zu sagen: Als ich 1992 zur PDS gegangen bin, waren wir 35 Leute. Dass es heute so ist, dass wir hier in diesem Parlament, in dieser Stadt, eine mit über zehn Prozent gewählte Kraft sind, dass wir Teil einer gesellschaftlichen Veränderung sind, dass wir mit anderen zusammen den Mut haben, die Probleme dieser Stadt anzufassen, Perspektiven zu entwickeln, das ist das Werk von ganz vielen meiner Genossinnen und Genossen der letzten fast 30 Jahre und dafür wollte ich mich bei den einzelnen Genossinnen und Genossen bedanken, ebenso bei den Genossinnen und Genossen, die mit mir in den vergangenen zwölf Jahren in der Bürgerschaft saßen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Dass Herr Röwekamp findet, dass der Koalitionsvertrag ein linker Koalitionsvertrag ist, empfinde ich als Kompliment. Ich sage auch ganz deutlich, in meiner Wahrnehmung ist das die richtige Antwort auf die Probleme, vor denen Bremen steht. Es war nicht deswegen so einfach oder so leicht, gemeinsam einen Koalitionsvertrag zu formulieren, weil wir alle fanden, wir müssten jetzt gemeinsam Senatorinnen und Senatoren werden, sondern es hat sich herausgestellt, dass doch ein gemeinsamer

Blick auf die Probleme dieser Stadt und dieses Landes herrscht, ein vergleichsweise klarer Blick. Alles, was der Kollege Röwekamp an Problemen aufgezählt hat, das fand sich in den Koalitionsverhandlungen wieder, ebenso auch als Problem, und zwar als Problem, das wir lösen müssen. Diese gemeinsame Sicht war die erste Voraussetzung für einen gelungenen Koalitionsvertrag.

Die zweite Voraussetzung war, dass wir in der Frage, wie wir die Probleme lösen können, welche Methoden wir haben, worauf wir Einfluss haben, zu gemeinsamen Lösungsansätzen kommen, was uns gelungen ist. Beides zusammen, die gemeinsame Sicht auf die Probleme und die gemeinsamen Lösungsansätze, hat dazu geführt, dass wir jetzt einen Koalitionsvertrag haben, wie er steht, und dass wir heute einen Senat wählen, einen rot-grün-roten Senat. Das ist eine gesellschaftliche Herausforderung, aber es ist auch ein gesellschaftlicher Fortschritt.

(Beifall DIE LINKE)

Wir wissen, dass wir in diesem Bundesland ein großes Problem haben, weil immer mehr Menschen arm sind, insbesondere Kinder. Das ist eine strategische Herausforderung und wir haben ganz viele Maßnahmen in diesen Koalitionsvertrag aufgenommen, die zeigen, dass wir diesen Fakt erstens akzeptieren und uns zweitens der Herausforderung stellen. Wir wissen ganz genau, dass wir Schulen bauen müssen, und wir kennen auch den Sanierungsstau. Das haben die Kollegen von der CDU übrigens kurz vor Ende des Wahlkampfes noch von uns abgeschaut, denn, wenn Sie sich erinnern, zuvor habe ich das eine oder andere Mal erwähnt. Aber jetzt gibt es einen Plan, was man tun muss, wo man es tun muss, wieviel es tatsächlich in zehn Jahren kosten wird. Wir werden alles daransetzen, dass wir diese Finanzierung in Höhe von 1,5 beziehungsweise 1,2 Milliarden Euro, die aussteht, in den nächsten zehn Jahren aufbringen. Das muss möglich werden, dafür müssen wir uns ins Zeug legen – nicht, dass es einfach wird, aber es wird passieren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir werden es auch so mit den Kitas handhaben, wir werden die Höherstufung der Grundschullehrerinnen und -lehrer, die vor der Wahl noch realisiert wurde, nicht zurücknehmen. Das ist ein Teil der Lösung, um insbesondere Kinderarmut zu bekämpfen. Das ist ein Teil der Lösung der Probleme, die wir haben. Wir müssen Ausbildungsplätze

schaffen. Wir brauchen eine Antwort auf den Fachkräftemangel. Die Tatsache, dass wir bei Pflegekräften die Ausbildung deutlich erhöhen wollen, ist die richtige Antwort auf diesen Fachkräftemangel, auch wenn wir ihn jetzt noch nicht bis ins Detail durchdekliniert haben. Auch das wird eine Aufgabe sein, die die neue Regierung meistern wird.

(Beifall DIE LINKE)

Wir haben uns auch vorgenommen, öffentliche Strukturen zu stärken. Wir stehen in den nächsten vier Jahren vor Fragestellungen, die wir meistern müssen. Wir stehen vor der Fragestellung: Wollen wir die Straßenreinigung rekommunalisieren? Wollen wir die Abfallentsorgung rekommunalisieren? Was ist mit Abwasser? Wir sind selbstverständlich dafür, dass wir den öffentlichen Sektor in dieser Stadt stärken, dass wir Menschen in dieser Stadt nicht Gebühren zahlen lassen, die privaten Unternehmen zweistellige Millionenbeträge bescheren. Das finde ich bei Abwasser- und Wassergebühren nicht in Ordnung.

(Beifall DIE LINKE – Glocke)

Ich komme zum Schluss. Mit Recht ist gesagt worden, alles steht unter Haushaltsvorbehalt. Ja, der Haushalt in Bremen lässt nach wie vor nicht zu, aus dem Vollen zu schöpfen. Aber was ist denn richtiger? Ist es richtiger, von vornherein zu sagen, es gibt keine Spielräume, oder ist es richtig, zu sagen, wir setzen Prioritäten und wir wollen ganz bestimmte Dinge umsetzen – vom Klimaschutz bis zur Armutsbekämpfung – und wir müssen schauen, wie wir das haushalterisch umsetzen. Ich denke, das ist die richtige Herangehensweise und nicht andersherum.

Diejenigen, die jetzt einklagen, die Probleme benennen – ich kenne ja die Kollegen der CDU und der FDP schon einen Tag länger, auch in Haushaltsverhandlungen –, die sind immer ganz wunderbar darin, aufzuzählen, was schlecht läuft. Die Frage, wie man es ändern kann, bleibt immer offen. Das ist mein letzter Satz: Ein Grund, warum wir mit in die Koalition eingetreten sind, war, dass ich die Befürchtung hatte, dass andere denkbare Regierungskonstellationen die Probleme in diesem Land nicht gelöst, sondern die sozialen Probleme verkannt hätten und mit dem Rasenmäher Haushaltspolitik gemacht hätten und nicht mit Prioritäten. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Fecker.

Abgeordneter Fecker (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Erwartbares und Unfassbares. Lieber Thomas Röwekamp, vielen Dank, wir teilen den ersten Teil Ihrer Rede, das wird Sie nicht verwundern. Beim Zweiten haben wir eine etwas andere Sicht, aber vielleicht liegt das in der Unterschiedlichkeit der Rollen. Ich glaube, Sie haben es angesprochen, die Fragen von Runden Tischen, von Abstimmungsprozederen, von Beteiligungen sind welche, die wir in dieser Regierung noch ernster nehmen und noch besser umsetzen wollen, als wir es in der Vergangenheit getan haben. Es gibt gute Beispiele dafür, wo Beteiligungen, wo Runde Tische zu guten Ergebnissen führen. Das wollen wir selbstverständlich beibehalten und sehen nicht diesen negativen Akzent, den Sie hineingebracht haben.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Bei der Frage der Bildung: Sie sagen, wir haben ein Problem und liefern mit den Zitaten aus dem Koalitionsvertrag gleich die Lösung. Da kann ich Ihnen vollkommen Recht geben, natürlich müssen wir die Lehrerversorgung erhöhen, natürlich müssen wir bei der Sprachförderung noch besser werden als mit dem, was bisher erreicht wurde. Gestatten Sie mir den Hinweis: Ich würde mir wünschen, dass wir einen Diskurs darüber führen, wie wir im Bereich der beruflichen Bildung noch besser werden. Das ist für die Wirtschaft in Bremen ein ganz wichtiger Baustein, dass wir auf der einen Seite Ausbildungsplätze haben, aber dass wir es auch schaffen, Menschen für eine Ausbildung zu begeistern und nicht alle in das Abitur drängen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Zur Frage der Wirtschaft: Sie wissen, dass eine Hafenstadt, insbesondere eine so exportorientierte Hafenstadt wie unsere, vom Weltmarkt abhängig ist. Deswegen sind die Antworten des Koalitionsvertrages richtig, zu versuchen, die Wirtschaft breiter aufzustellen, zu schauen, dass man nicht nur eine exportorientierte Wirtschaft hat, dass man über die bisherigen Cluster hinausdenkt und in den Bereichen Nahrung, Genuss, Gesundheit weitere Schwerpunkte setzt. Es ist genau richtig, kleine und mittelständische Unternehmen in Zukunft stärker in den Fokus zu nehmen, als es in der Vergangenheit der Fall war.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Zur Frage des Wohnraumes: Ist es links, wenn man sich dafür einsetzt, dass Menschen, die nicht so viel Geld haben, in dieser Stadt Wohnraum finden? Nein, ist es nicht. Es ist unsere gemeinsame Verpflichtung und ich habe es in all den Jahren auch so verstanden, dass es uns allen für alle Segmente darum gehen muss,

(Abgeordneter Röwekamp [CDU]: Ja, für alle!)

entsprechenden Wohnraum zu finden. Genau diese Aussagen finden Sie im Koalitionsvertrag, aber selektives Lesen, ich kenne das – –. Das ist alles kein Problem.

Liebe Frau Kollegin Steiner, ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihren differenzierten Redebeitrag, insbesondere auch für das Lob hinsichtlich der Personalvorschläge. Man muss aufpassen, dass es, wenn man sagt, green hier, green da und green dort, ganz vorsichtig formuliert, nicht zu einem Greenwashing kommt.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen bin ich gespannt auf die gemeinsamen Diskussionen, die wir im Bereich Klimaschutz führen werden und auf Ihre Impulse. Ich glaube, Ralph Saxe hat sich sehr gefreut, dass Sie gesagt haben: Wir wollen für alle Verkehrsteilnehmer Politik machen. Wir haben die Politik der FDP-Fraktion in den letzten Jahren so nicht wahrgenommen, wir freuen uns darauf, mit Ihnen zu diskutieren, wie wir es erreichen, dass Senioren an ihr Ziel kommen, wie wir das Fahrradfahren vernünftig regeln. Wir sind gespannt auf die Diskussionen, damit wir nicht nur autozentriert handeln, sondern, wie Sie eben gesagt haben, wirklich alle Verkehrsteilnehmer mitnehmen, meine Damen und Herren!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Meine erste Notiz zur Rede von Herrn Jürgewitz ist Helau und Alaaf!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Mir ist nicht so viel eingefallen. Dass keine Straße nach Ihnen benannt wird, Herr Jürgewitz, das würde ich prognostizieren. Das Bundesland Bremen mit einer Landesverfassung, mit der Wirksamkeit des Grundgesetzes, mit all den positiven Eigenschaften, die die Parteien von hier bis zu

diesem Demokratiefest dort gemeinsam vereinen: Dass Sie es hinbekommen dieses Bundesland mit der sowjetisch besetzten Zone zu vergleichen, das ist schon eine absolute Unmöglichkeit, meine Damen und Herren!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, DIE LINKE, FDP)

Ich frage Sie – Sie heißen ja Alternative: Wo sind denn Ihre inhaltlichen Alternativen? Wo ist Ihre Auseinandersetzung mit dem Koalitionsvertrag? Was wollen Sie tun, um die Kinderarmut in Deutschland, in Bremen zu bekämpfen? Was tun Sie zur Neuaufstellung der Wirtschaft? Wo sehen Sie die Schwerpunkte im Bereich der Gesundheitsförderung? Wie sollen sich die GeNo-Kliniken nach Ihrer Sichtweise entwickeln? Auf alle diese Fragen habe Sie weder heute noch im Wahlkampf irgendeine Antwort gegeben und ich befürchte, das wird auch so bleiben. Wir werden keine Chance auslassen, den Menschen zu sagen, dass Sie hier nur substanzlos reden, aber keine einzige inhaltliche Alternative bieten. – Herzlichen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, DIE LINKE, FDP)

Präsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Aulepp.

Abgeordnete Aulepp (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu ein paar Punkten möchte ich noch etwas sagen. Wes Geistes Kind und wie inhaltsleer die Rede der sogenannten Alternative für Deutschland war, dazu hat der Kollege Fecker in dankenswerter Offenheit schon etwas gesagt. Ich kann nur noch ergänzen mit den Worten von Marc-Uwe Kling: „Definitiv verschoben.“

(Heiterkeit SPD)

Dass ausgerechnet die AfD sich hier hinstellt und etwas darüber sagt, welche Organisationen vom Verfassungsschutz beobachtet werden, das fand ich durchaus bemerkenswert.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ein paar Worte zur Schimäre, die gerade aufgetaucht ist, nämlich der Schimäre des Regierungsauftrags. Reine Stimmresultate bei Wahlen sind nicht automatisch regierungsbildend. Dass ein Wahlergebnis einen bitteren Geschmack verursachen kann, das habe ich als Sozialdemokratin bei

dieser Wahl sehr zu meinem Leidwesen erfahren. Deswegen kann ich es verstehen, dass es für die Fraktion der CDU bitter ist, dass sie es mit ihrem Wahlergebnis nicht geschafft hat, so wie es die Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE geschafft haben, eine parlamentarische Mehrheit zu finden. Diese stabile parlamentarische Mehrheit hat das rot-grün-rote Bündnis zusammenbekommen und deswegen werden wir gemeinsam regieren. Dass allein prozentuale Stimmresultate noch keine Koalition ergeben, das hat sich in allen Umfragen zur Frage der Wunschkoalition bei Wählerinnen und Wählern gezeigt. Da ist es deutlich geworden. Ich sage es noch einmal, es ist eine Schimäre.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Zur Frage, wie diese Koalition zur Bundeswehr steht: Zum selektiven Lesen hat gerade Herr Fecker schon etwas gesagt. Dass die Bundeswehr von Schulen ausgeschlossen werden soll, steht in diesem Koalitionsvertrag in keiner Weise. In Bremen wird, wie in allen anderen Bundesländern, nach dem Beutelsbacher Konsens gehandelt. Es darf in Schulen keine Werbung gemacht werden, sondern informiert und konstruktiv kritisch diskutiert werden. Dazu stehen wir und wir stehen auch zu unserer demokratischen Bundeswehr.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Zur Bildungspolitik: Herr Röwekamp, Sie teilen mit uns die Auffassung, dass wir in Kitas und Schulen vor großen Herausforderungen stehen, wie übrigens alle Kitas und Schulen in Deutschland. Dass die Fraktion der CDU als Oppositionspartei daraus andere Schlussfolgerungen zieht, ist nachvollziehbar. Sprachlos hat mich allerdings das Ende Ihres Textbeitrags zu diesem Politikfeld gemacht. Betroffen hat mich gemacht, dass die Fraktion der CDU die unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten der Menschen, der Kinder in den Quartieren, in den Kitas und Schulen offensichtlich völlig negiert. Der Fraktion der CDU sind die Realitäten in Bremen und Bremerhaven scheinbar nicht bekannt.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Zum Thema bezahlbarer Wohnraum fand ich interessant, dass ausgerechnet die Fraktion, die vor der Wahl sehr deutlich gemacht hat, wo nicht gebaut werden soll, und die die Bebauung der Rennbahn bekämpft hat, dass die jetzt die Abwanderung ins Umland beklagt. Ich will an der Stelle noch einmal

deutlich sagen: Sozialer Wohnungsbau ist Wohnungsbau für den Mittelstand, für die Mittelschicht. Zwei erwerbstätige Eltern mit zwei oder drei Kindern, die profitieren von der Sozialquote und dafür steht diese rot-grün-rote Regierung.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Einen letzten Satz möchte ich noch sagen, das hat der Kollege Rupp hier schon deutlich gemacht: Koalitionsverhandlungen sind keine Haushaltsberatungen, ersetzen die Haushaltsberatungen nicht, und ich war eigentlich davon ausgegangen, dass das auch der Fraktion der FDP bekannt ist. Aber es ist schön, wenn man in solchen Debatten noch etwas lernt. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD)

Präsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abgeordnete Röwekamp (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist bemerkenswert, wie die Fraktion der CDU verantwortlich dafür sein soll, dass die rot-grüne Landesregierung in Bremen in Teilen ihrer Politik gescheitert ist. Niemand hat mehr Geld ausgegeben, ist selbstbewusster gegenüber der Bürgerinitiative bei der Rennbahn aufgetreten als diese Regierung. Geben Sie doch endlich zu, dass Sie die Lage dort völlig falsch eingeschätzt haben.

(Beifall CDU, FDP)

Es war Ihre Strategie, den Menschen vor Ort zu verordnen, wo Wohnungsbau stattfinden soll. Dass die Menschen nicht bereit waren, diese rot-grüne Politik zu akzeptieren, dass sie in den Quartieren mit Ihnen darüber reden wollen, wo und wie und in welchem Ausmaß und für wen gebaut wird, nichts anderes ist das Votum am 26. Mai gewesen. Es war eine Absage an die rot-grüne Landesregierung, eine Absage an diese Politik und dafür, dass Sie unterlegen sind, ist nicht die Fraktion der CDU verantwortlich, dafür sind Sie selbst verantwortlich, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Natürlich wissen wir, dass wir ganz unterschiedliche Herausforderungen in den Stadtteilen haben. Aber tun Sie doch nicht so, als ob sich die Bildungsmisere unseres Landes dadurch beheben lassen würde, dass wir uns nur in ausgewählten Stadttei-

len um eine gute Kita-Versorgung, um gute Möglichkeiten für alleinerziehende Eltern im Hinblick auf ihre Berufstätigkeit und um eine gute Ganztagserschulungsversorgung kümmern müssen. Wir haben in Bremen und in Bremerhaven flächendeckend ein riesiges Problem mit der Bildungszukunft unserer Kinder. In sämtlichen Schulvergleichsuntersuchungen verlieren wir regelmäßig.

Sie schaffen es nicht, frei werdende Lehrerstellen wieder zu besetzen. Sie kommen mit dem Ganztagserschulungsausbau nicht voran. Sie haben im Koalitionsvertrag an keiner einzigen Stelle eine Finanzierung oder einen Zeit- und Maßnahmenkatalog für den Sanierungsstau an den Gebäuden offengelegt. Sie legen an keiner Stelle dar, wie Sie den sich jährlich wiederholenden Kita-Notstand beseitigen wollen. Meine Damen und Herren, Sie machen mit dem Koalitionsvertrag nichts, nichts, auch wirklich gar nichts, um in irgendeinem Stadtteil dieser Stadt die Situation von Kindern zu verbessern. Das ist der Vorwurf, den ich Ihnen gemacht habe und das gilt flächendeckend und nicht nur für einzelne Stadtteile in Bremen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Bei aller Propaganda, Sie seien eine Mitte-Links-Regierung --. In dieser Debatte wird deutlich, Frau Aulepp, was in den letzten Tagen bundesweit diskutiert worden ist: Eine SPD die linker sein will als die LINKEN und grüner sein will als die Grünen, die hat in unserer Demokratie wahrscheinlich keine Zukunft, weil sie kein eigenes Klientel mehr hat. Kümmern Sie sich um die Menschen, für die die Sozialdemokraten einmal wichtig gewesen sind.

(Zuruf Abgeordnete Aulepp [SPD]: Über die habe ich gerade geredet, Sie können mir auch einmal zuhören!)

Das sind die Menschen mit Durchschnittseinkommen, das sind die jungen Familien, die Wohnraum brauchen, die den bezahlen wollen, die Industriearbeiter, die Handwerker, die Auszubildenden, die Menschen, die in der Dienstleistung und im Hafen arbeiten. All diese Menschen haben Sie verloren, weil Sie nur noch den LINKEN und den Grünen hinterherlaufen. Gehen Sie doch endlich wieder den Weg in die Mitte und versuchen Sie, sich um die ganze Stadt zu kümmern und nicht nur um Ihre linke Klientel, die sich bei Ihnen in der Partei wiederfindet, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall CDU, FDP, AfD)

Wenn für Sie bezahlbarer Wohnraum nur Wohnraum für Familien ist, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind, dann verlassen Sie diese Kernklientel schon. Wo soll denn Einfamilienhausbau in Bremen stattfinden? Wo soll Reihenhausbau in Bremen entstehen? Welche Flächen haben Sie dafür vorgesehen? Im Koalitionsvertrag schreiben Sie nur hinein, in Brokhuchting und in der Osterholzer Feldmark nicht. Okay. Man kann in einen Koalitionsvertrag reinschreiben, was man nicht will. Aber ich kenne Koalitionsverträge, in die man reinschreibt, was man gemeinsam erreichen will. Wo wollen Sie in Bremen für die Mittelschicht Wohnungsbau realisieren? Auf welchen Flächen wollen Sie das tun?

Sie haben schon in den letzten vier Jahren keine Fortschritte in diesem Thema gemacht und mit dem Koalitionsvertrag machen Sie auch keinen Fortschritt. Sagen Sie doch endlich, wo Wohnungsbau in Bremen stattfinden soll, damit er sich in Bremen auch verwirklichen lässt, meine sehr verehrten Damen und Herren von den Sozialdemokraten.

(Beifall CDU, FDP, AfD)

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas zur Zusammensetzung des Senats und dem vorliegenden Senatsgesetz sagen. Ich habe es schon gesagt, es ist der größte Senat seit 28 Jahren. Größer war der Senat nur 1991 als es die Ampelkoalition gab. Ich finde, die Größe eines Senats sagt nicht automatisch etwas aus über die Frage, ob der Senat ressortmäßig richtig oder falsch aufgestellt ist. Wir haben beispielsweise in der vorletzten Legislaturperiode, als es darum ging, einen zusätzlichen Senator zu wählen, weil sieben zu wenig waren, schon früh gesagt, dass wir als Fraktion der CDU das für richtig halten. Wir haben es auch befürwortet, Kinder und Bildung in einem Ressort zusammenzufassen. Wenn nicht sogar der Vorschlag von uns als erstes kam. Aber ich will nicht darüber streiten, wer die Idee zuerst hatte. Nichts ist in Stein gemeißelt und Ressortzuschnitte können und müssen sich ändern, aber ich habe an keiner Stelle gehört, gelesen oder auch nur geahnt, warum der Hafenbereich aus dem Wirtschaftsressort ausgegliedert werden und zu Justiz und zur Wissenschaft wandern soll. Klar, Logistik hat auch etwas mit Wissenschaft zu tun.

(Glocke)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist Willkür, dahinter steckt kein Plan, wie man Politik

in Bremen besser machen kann, dahinter steckt ausschließlich Machtpolitik. Sie brauchen neun Ressorts, um Ihre innerparteilichen und innerkoalitionären Bedürfnisse zu befriedigen, Sie brauchen es nicht aus sachlichen Gründen. Sie wählen die teuerste Lösung, Sie wählen den größten Senat, um Ihre koalitionsinternen Streitigkeiten um Ressortverteilungen und Zuschnitte zu bewältigen. Das ist aus meiner Sicht keine Politik, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich will einen letzten Satz sagen, Herr Präsident, ich melde mich auch kein drittes Mal: In der Debatte wird der Fraktion der CDU immer der Vorwurf gemacht, wir hätten es uns in der Opposition bequem gemacht, wir würden da gar nicht herauswollen. Ich höre jetzt hier – irgendwie von den Grünen – das stimmt. Ich habe unsere Gespräche anders in Erinnerung, ich glaube nicht, dass wir den Eindruck vermittelt haben, dass wir auf Ewigkeit in der Opposition bleiben wollten. An uns, an unseren Inhalten, ist der Aufbruch und der Neuanfang für Bremen und die einmalige Chance zur Beendigung der sozialdemokratischen Vorherrschaft nach diesem Wahlergebnis, liebe Grüne, nicht gescheitert. Uns jetzt vorzuwerfen, wir hätten keine regierungsfähige Mehrheit zustande bekommen, ist merkwürdig von den Sozialdemokraten. An uns hat es nicht gelegen, um es so deutlich zu sagen.

(Zuruf Abgeordnete Aulepp [SPD]: Es hat nicht geklappt!)

Im Übrigen würde ich sagen, um es mit den Worten des sozialistischen französischen Politikers Clemenceau auszudrücken, er hat gesagt – Sozialisten müssten Sie doch mögen Frau Aulepp, oder? – Clemenceau hat gesagt: „Der bequemste Standort ist prinzipiell der auf den Zehen des politischen Gegners“. Und meine sehr verehrten Damen und Herren, wo auch immer Sie stehen, ich kann garantieren, wir werden da stehen. Wir werden auf Ihren Zehen stehen, wir werden Ihnen auf die Füße treten, wir werden eine konstruktive Oppositionsarbeit machen, wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass, wie beim 26. Mai auch, die Menschen in vier Jahren wieder für den politischen Wechsel stimmen, dass es uns endlich gelingt, die sozialdemokratische Vorherrschaft in Bremen zu beseitigen. Das bleibt unser Ziel, natürlich kritisch, aber da wo erforderlich auch konstruktiv und mit eigenen Vorschlägen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Präsident Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Mitgliederzahl des Senats in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU, AfD, FDP, Abgeordneter Timke [BIW])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Meine Damen und Herren, interfraktionell wurde vereinbart, Behandlung und Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung vorzunehmen. Ich lasse deshalb darüber abstimmen, ob wir jetzt die zweite Lesung durchführen wollen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU, AfD, FDP, Abgeordneter Timke [BIW])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

Wahl des Präsidenten des Senats

Gemäß Artikel 107 Absatz 2 Satz 2 unserer Landesverfassung wird zunächst der Präsident des Senats in einem gesonderten Wahlgang gewählt. Für die Wahl des Präsidenten des Senats hat die Fraktion der SPD Herrn Dr. Andreas Bovenschulte zur Wahl vorgeschlagen.

Wir kommen zur Wahl. Gemäß Artikel 107 Absatz 2 Satz 1 der Landesverfassung werden die Senatsmitglieder mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt.

Für die Wahl schreibt § 65 unserer Geschäftsordnung vor, dass diese in geheimer Wahl in Wahlkabinen vorzunehmen ist. Sie haben die Möglichkeit, „Ja“, „Nein“ oder „Stimmenthaltung“ anzukreuzen. Die Ausgabe der Stimmzettel und Wahlumschläge erfolgt nach Namensaufruf an dem Tisch rechts neben den Wahlkabinen.

Wir kommen zur Wahl.

Meine Damen und Herren, ich eröffne den Wahlgang. Ich rufe jetzt alle Abgeordneten nach dem Alphabet namentlich auf und bitte die so aufgerufenen Damen und Herren, die Wahl vorzunehmen. Gleichzeitig bitte ich die Schriftführerinnen und Schriftführer, an der Ausgabe der Stimmzettel und an der Wahlurne Platz zu nehmen.

Könnte ich von irgendjemandem eine Rückmeldung bekommen, ob die Schriftführer alle bereit sind?

(Abgeordneter Dr. Buhlert [FDP]: Es fehlen noch Wahlzettel!)

Die Wahlzettel werden jetzt sofort geliefert. So lange warten wir.

Die Wahlzettel sind jetzt da. Wir kommen zum Wahlgang. Ich rufe nun die einzelnen Abgeordneten auf und bitte sie dann, nach hinten zu gehen.

(Es folgt der Namensaufruf.)

Meine Damen und Herren, ich frage, ob alle Abgeordneten ihren Stimmzettel abgegeben haben.

Dies ist der Fall. Ich stelle fest, dass der Wahlgang damit beendet ist.

Wir kommen zur Auszählung der abgegebenen Stimmen. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen.

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag), bis das Wahlergebnis vorliegt.

(Unterbrechung der Sitzung 10:14 Uhr)

★

Präsident Imhoff eröffnet die Sitzung wieder um 13:20 Uhr.

Präsident Imhoff: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Wir wollen zunächst den gesamten Senat wählen und nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses für Herrn Dr. Andreas Bovenschulte nicht unterbrechen. Das ist jetzt ganz wichtig für die Regularien: Nach der Vereidigung des gesamten Senats besteht dann Gelegenheit zur Gratulation, allerdings nicht hier vorn, sondern ich bitte Sie unter Berücksichtigung der Platzverhältnisse, dies nicht hier, sondern in der Oberen Rathaushalle zu tun. So weit verstanden? – Hervorragend!

(Heiterkeit)

Ich gebe Ihnen jetzt das Ergebnis der Wahl des Präsidenten des Senats bekannt: ausgegebene Stimmzettel 82, abgegebene Stimmzettel 82, vernichtete Stimmzettel keine.

Auf Herrn Dr. Andreas Bovenschulte entfielen 47 Jastimmen, 35 Neinstimmen, keine Enthaltung, keine ungültige Stimme.

Damit hat Herr Dr. Andreas Bovenschulte die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht und ist als Präsident des Senats gewählt.

(Anhaltender Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich frage Herrn Dr. Andreas Bovenschulte, ob er die Wahl annimmt.

(Abgeordneter Dr. Bovenschulte [SPD]: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

Ich gratuliere Ihnen zu Ihrer Wahl!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen nun zu den weiteren Wahlen, und zwar zur Wahl der übrigen Mitglieder des Senats.

Meine Damen und Herren, es sind folgende Vorschläge für die Wahl in den Senat gemacht worden: von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Dr. Maike Schaefer, Anja Stahmann, Dietmar Strehl, von der Fraktion der SPD Dr. Claudia Bogedan, Ulrich Mäurer, Dr. Claudia Schilling und von der Fraktion DIE LINKE Claudia Bernhard sowie Kristina Vogt.

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen in elektronischer schriftlicher Form vor.

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Für eine Wahl in den Senat ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich. Ich möchte Sie auf Folgendes hinweisen:

Da hier in einem Wahlgang mehrere Personen gewählt werden, ist gemäß § 64 Absatz 6 Satz 4 der Geschäftsordnung ein Stimmzettel ungültig, wenn ein Kreuz fehlt. Für eine gültige Stimmabgabe sind daher sämtliche Wahlvorschläge entweder mit Ja, Nein oder Enthaltung zu kennzeichnen.

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass das Wahlverfahren klar ist. Dann können wir jetzt die Wahl durchführen.

Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, an der Ausgabe der Stimmzettel und an der Wahlurne Platz zu nehmen.

Ich komme zum Namensaufruf.

(Es folgt der Namensaufruf)

Meine Damen und Herren, ich frage, ob alle Abgeordneten ihren Stimmzettel abgegeben haben.

Ich stelle fest, dass dies der Fall ist. Damit ist der Wahlgang beendet.

Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen, und unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag), bis das Wahlergebnis vorliegt.

(Unterbrechung der Sitzung 13:54 Uhr)



Präsident Imhoff eröffnet die Sitzung wieder um 14:11 Uhr.

Präsident Imhoff: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Bevor wir zur Vereidigung kommen, möchte ich Ihnen für den weiteren Fortgang der Sitzung mitteilen, dass aufgrund einer interfraktionellen Vereinbarung die Tagesordnungspunkte elf und 13 ausgesetzt werden, sodass wir nach der konstituierenden Sitzung des Senats mit Tagesordnungspunkt 14 fortfahren.

Ich gebe Ihnen jetzt das Wahlergebnis bekannt, wie es von den Schriftführerinnen und Schriftführern festgestellt wurde. Ausgegebene Stimmzettel 81, abgegebene Stimmzettel 81, vernichtete Stimmzettel keine.

Auf Claudia Bernhard, DIE LINKE, entfielen 48 Jastimmen, 33 Neinstimmen, keine Enthaltungen, keine ungültigen Stimmen. Auf Dr. Claudia Bogedan, SPD, entfielen 47 Jastimmen, 34 Neinstimmen, keine Enthaltungen, keine ungültigen Stimmen. Auf Ulrich Mäurer, SPD, entfielen 48 Jastimmen, 33 Neinstimmen, keine Enthaltungen, keine ungültigen Stimmen. Auf Dr. Maike Schaefer, Bündnis 90/Die Grünen, entfielen 45 Jastimmen, 36 Neinstimmen, keine Enthaltungen, keine ungültigen Stimmen. Auf Dr. Claudia Schilling, SPD, entfielen 48 Jastimmen, 33 Neinstimmen, keine Enthaltungen, keine ungültigen Stimmen. Auf Anja Stahmann, Bündnis 90/Die Grünen, entfielen 51 Jastimmen, 29 Neinstimmen, eine Enthaltung, keine ungültigen Stimmen. Auf Dietmar Strehl, Bündnis 90/Die Grünen, entfielen 49 Jastimmen, 30 Neinstimmen, zwei Enthaltungen, keine ungültigen Stimmen. Auf Kristina Vogt, DIE LINKE, entfielen 48 Jastimmen, 32 Neinstimmen, eine Enthaltung, keine ungültigen Stimmen.

Ich stelle fest, damit sind alle, die kandidiert haben, gewählt.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich frage jetzt die in den Senat Gewählten, ob sie die Wahl annehmen, und zwar in alphabetischer Reihenfolge.

Frau Claudia Bernhard, nehmen Sie Wahl an?

(Abgeordnete Bernhard [DIE LINKE]: Ja, ich nehme die Wahl an!)

Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Frau Dr. Claudia Bogedan, nehmen Sie die Wahl an?

(Senatorin Dr. Bogedan: Ja, ich nehme die Wahl an!)

Danke schön, und herzlichen Glückwunsch!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Herr Ulrich Mäurer, nehmen Sie die Wahl an?

(Senator Mäurer: Ja, ich nehme die Wahl an!)

Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Frau Dr. Maike Schaefer, nehmen Sie die Wahl an?

(Abgeordnete Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, ich nehme die Wahl an!)

Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Frau Dr. Claudia Schilling, nehmen Sie die Wahl an?

(Frau Dr. Schilling: Ja, ich nehme die Wahl an!)

Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Frau Anja Stahmann, nehmen Sie die Wahl an?

(Senatorin Stahmann: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Herr Dietmar Strehl, nehmen Sie die Wahl an?

(Staatsrat Strehl: Ja, ich nehme die Wahl an!)

Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Frau Kristina Vogt, nehmen Sie die Wahl an?

(Abgeordnete Vogt [DIE LINKE]: Aber ja, Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

Herzlichen Glückwunsch!

(Heiterkeit – Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vereidigung des Senats

Wir kommen zur Vereidigung des Senats. Ich werde Ihnen die Eidesformel für alle vorsprechen und Sie einzeln aufrufen, um den Eid zu leisten.

Nach der Landesverfassung haben Sie den Eid vor der Bürgerschaft zu leisten. Ich spreche Ihnen jetzt die Eidesformel vor und bitte Sie, in der Reihenfolge des Namensaufrufs zu mir auf das Präsidium zu kommen!

Die Eidesformel lautet: „Ich schwöre als Mitglied des Senats, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen halten und schützen zu wollen.“

Ich bitte, den Eid zu leisten, und zwar entweder mit der Formel „Das schwöre ich“ oder „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe“!

Herr Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte!

(Bürgermeister Dr. Bovenschulte: Das schwöre ich!)

Herzlichen Glückwunsch! Allzeit eine gute Hand wünsche ich Ihnen!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Frau Claudia Bernhard! Sie müssten jetzt schwören „Das schwöre ich“ oder „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!“

(Senatorin Bernhard: Das schwöre ich!)

Herzlichen Glückwunsch!

(Senatorin Bernhard: Danke! – Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Frau Dr. Claudia Bogedan!

(Senatorin Dr. Bogedan: Das schwöre ich!)

Herzlichen Glückwunsch!

(Senatorin Dr. Bogedan: Danke! – Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Herr Ulrich Mäurer!

(Senator Mäurer: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Frau Dr. Maike Schaefer!

(Senatorin Dr. Schaefer: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Frau Dr. Claudia Schilling!

(Senatorin Dr. Schilling: Das schwöre ich!)

Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Frau Anja Stahmann!

(Senatorin Stahmann: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Herr Dietmar Strehl!

(Senator Strehl: Das schwöre ich!)

Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Frau Kristina Vogt!

(Senatorin Vogt: Das schwöre ich!)

Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, die Vereidigung ist damit beendet. Ich bitte Sie, auf Ihren Plätzen Platz zu nehmen.

Den heute gewählten und soeben vereidigten Mitgliedern des Senats spreche ich natürlich die Glückwünsche des ganzen Hauses aus, und ich wünsche dem Präsidenten des Senats und den Senatorinnen und Senatoren für die kommende Legislaturperiode eine erfolgreiche Tätigkeit für unsere Freie Hansestadt Bremen.

(Beifall)

Ich unterbreche die Sitzung für circa 20 Minuten, um allen die Möglichkeit zu geben, die Gratulationen in der Nebenhalle vorzunehmen.

(Unterbrechung der Sitzung um 14:20 Uhr)



Präsident Imhoff eröffnet die Sitzung wieder um 15:36 Uhr.

Präsident Imhoff: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Ich habe soeben einen Brief vom Präsidenten des Senats bekommen, den ich hiermit verlesen möchte: „Sehr geehrter Herr Präsident, der am heutigen Tage vereidigte Senat hat sich in seiner ersten Sitzung konstituiert und gemäß Artikel 114 der Landesverfassung Frau Senatorin Dr. Maike Schaefer zur Bürgermeisterin gewählt.

Weiter hat der Senat Herrn Staatsrat Dr. Olaf Joachim zum Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund bestellt.

Als Anlage füge ich die vom Senat beschlossene Ressortaufteilung sowie die Namen der mit Wirkung vom 16. August 2019 ernannten Staatsräte/Staatsrätin bei.“

Die Ressortaufteilung des Senats lautet wie folgt: Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte, Der Präsident des Senats, Der Senator für Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften sowie Der Senator für Kultur, Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer, Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, Senator Ulrich Mäurer, Der Senator für Inneres, Senatorin Anja Stahmann, Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport, Senatorin Dr. Claudia Bogedan, Die Senatorin für Kinder und Bildung, Senatorin Claudia Bernhard, Die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, Senatorin Dr. Claudia Schilling, Die Senatorin für Wissenschaft und Häfen sowie Die Senatorin für Justiz und Verfassung, Senator Dietmar Strehl, Der Senator für Finanzen, Senatorin Kristina Vogt, Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa.

In der Sitzung am 15. August 2019 wurden folgende Staatsräte mit Wirkung vom 16. August 2019 ernannt: Staatsrat Thomas Ehmke, Senatskanzlei, Staatsrat Dr. Olaf Joachim, Senatskanzlei, Staatsrat Olaf Bull, Der Senator für Inneres, Staatsrätin Arnhild Moning, Die Senatorin für Kinder und Bildung, Staatsrat Björn Tschöpe, Die Senatorin für Justiz und Verfassung, Staatsrat Tim Cordßen, Die Senatorin für Wissenschaft und Häfen.

Damit habe ich Ihnen mitgeteilt, wie der Senat sich konstituiert hat.

**Wahl von Herrn Staatsrat Dr. Olaf Joachim zum weiteren Mitglied des Senats nach Artikel 107 Landesverfassung
Mitteilung des Senats vom 9. August 2019
(Drucksache [20/17](#))**

Für die Wahl eines weiteren Mitglieds des Senats hat der Senat Herrn Staatsrat Dr. Olaf Joachim vorgeschlagen.

Die Beratung ist eröffnet.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, die weiteren Mitglieder des Senats werden nach Artikel 107 Absatz 2 der

Landesverfassung mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt.

Gemäß § 65 Satz 2 unserer Geschäftsordnung erfolgt die Wahl des Senats in geheimer Abstimmung. Gemäß § 64 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung erfolgt die Abstimmung mit Stimmzetteln in Wahlkabinen. Sie haben die Möglichkeit, Ja, Nein oder Stimmenthaltung anzukreuzen. Die Ausgabe der Stimmzettel und Wahlumschläge erfolgt nach Namensaufruf an dem Tisch neben den Wahlkabinen.

Wir kommen zur Wahl.

Ich eröffne den Wahlgang.

Ich rufe jetzt alle Abgeordneten nach dem Alphabet namentlich auf und bitte die so aufgerufenen Damen und Herren, die Wahl vorzunehmen.

Gleichzeitig bitte ich die Schriftführerinnen und Schriftführer, an der Ausgabe der Stimmzettel und an der Wahlurne Platz zu nehmen.

Ich rufe nun die einzelnen Abgeordneten auf.

(Es folgt der Namensaufruf.)

Meine Damen und Herren, ich frage, ob alle Abgeordneten, die aufgerufen worden sind, ihren Stimmzettel abgegeben haben.

Dass ist offenbar der Fall. Dann stelle ich fest, dass wir zur Auszählung kommen können. Der Wahlgang ist beendet.

Wir kommen zur Auszählung der abgegebenen Stimmen. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen.

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag), bis das Ergebnis der Auszählung vorliegt.

(Unterbrechung der Sitzung 15:58 Uhr)



Präsident Imhoff eröffnet die Sitzung wieder um 16:03 Uhr.

Präsident Imhoff: Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Ich gebe Ihnen jetzt das Wahlergebnis bekannt, und zwar in der Form, wie es mir von den Schriftführerinnen und Schriftführern vorgelegt wurde.

Ich gebe Ihnen jetzt das Ergebnis der Wahl eines weiteren Mitglieds des Senats bekannt: ausgegebene Stimmzettel 77, abgegebene Stimmzettel 77, vernichtete Stimmzettel keine.

Herr Dr. Olaf Joachim hat 46 Jastimmen, 30 Neinstimmen, eine Enthaltung und keine ungültige Stimme.

Damit ist Herr Staatsrat Dr. Olaf Joachim gemäß Artikel 107 Absatz 2 unserer Landesverfassung in den Senat gewählt.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Herr Dr. Joachim, Sie haben es gehört. Nehmen Sie die Wahl an?

(Staatsrat Dr. Joachim: Ich nehme die Wahl an!)

Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wir kommen nun zu Ihrer Vereidigung.

Nach der Landesverfassung haben Sie den Eid vor der Bürgerschaft zu leisten. Ich spreche Ihnen jetzt die Eidesformel vor und bitte Sie, mit den Worten „Das schwöre ich“ oder „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe“ den Eid zu leisten.

Die Eidesformel lautet: „Ich schwöre als Mitglied des Senats, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen halten und schützen zu wollen.“ Herr Dr. Joachim, ich bitte Sie, jetzt den Eid zu leisten!

(Staatsrat Dr. Joachim: Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe!)

Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, dem von uns heute gewählten und soeben vereidigten weiteren Mitglied des Senats, Herrn Dr. Joachim, spreche ich die Glückwünsche der gesamten Bremischen Bürgerschaft aus.

Ich schlage Ihnen vor, dass wir jetzt noch einen Tagesordnungspunkt behandeln und danach Herrn Dr. Joachim die Glückwünsche aussprechen, denn dann sind wir am Ende der Tagesordnung Landtag und dann kommt die Stadtbürgerschaft noch mit einem einzigen Punkt. Dann würden wir die Glückwünsche aussprechen, wenn das für Sie in Ordnung ist? – Hervorragend!

**Arbeitsweise der Bürgerschaft
Bericht und Antrag des Vorstands der
Bremischen Bürgerschaft
vom 15. August 2019
(Drucksache [20/29](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft mit der Drucksachen-Nummer [20/29](#) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, AfD, FDP, Abgeordneter Timke [BIW])

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(CDU)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) vom Bericht des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung der Bürgerschaft (Landtag) angelangt. Ich bedanke mich schon einmal bei den Bremerhavener Kollegen für ihre aufmerksame Sitzungsbegleitung und würde vorschlagen, dass jetzt eine Minute reicht, um die Bremerhavener zu verabschieden.

Ich schließe die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

(Schluss der Sitzung 16:07 Uhr.)

Anhang zum Plenarprotokoll

Konsensliste

Von der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) in der 2. Sitzung nach interfraktioneller Absprache beschlossene Tagesordnungspunkte ohne Debatte:

5.	Stellungnahme des Senats zum 1. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (Drucksache 20/3)	Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) überweist die Stellungnahme des Senats zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.
6.	Stellungnahme des Senats zum 13. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit (Drucksache 20/4)	Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) überweist die Stellungnahme des Senats zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.
7.	Mitglieder des Verfassungs- und Geschäftsausschusses (Drucksache 20/9)	Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis.
8.	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen (Drs. 20/10)	Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
16.	Einsetzung der staatlichen Deputationen Drucksache 20/19)	Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.
17.	Einsetzung des Rechtsausschusses (Drucksache 20/20)	Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.
18.	Einsetzung des staatlichen Petitionsausschusses (Drucksache 20/21)	Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.
19.	Einsetzung des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit (Drucksache 20/22)	Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.
21.	Einsetzung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit (Drucksache 20/24)	Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.
22.	Einsetzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses (Drucksache 20/25)	Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.
23.	Einsetzung des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses (Drucksache 20/26)	Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.
24.	Einsetzung des staatlichen Controllingausschusses (Drucksache 20/27)	Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Imhoff
Präsident der Bremischen Bürgerschaft